

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt Lützow, Nr. 6433
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Weihnachtsgedanken.

Wieder rüstet die offizielle Christenheit zum Fest des Friedens und der Freude. Aber auch diejenigen, die dem Kirchen-Christentum abhold sind, erblicken im Weihnachtsfest eines der tiefsten Symbole für die Zukunftshoffnung der Menschheit: Sehnsucht nach den unveräußerlichen Idealen des Friedens, des Fortschritts und der Verbrüderung aller Menschen.

Freilich, noch sind wir weitab davon. Noch tobt der Kampf schärfer denn je, und die Kulturmenschenheit ist gespalten — nicht in Christen und Heiden, sondern in Besitzende und Arme. Wohl hat man jahrhundertlang den Armen gepredigt, sie seien im Jenseits besser daran und deshalb müßten sie ihr unveränderliches Schicksal in Gottergebenheit und Demut tragen, aber zu allen Zeiten haben sich die Armen dagegen aufgelehnt. Und sie taten recht daran. Wenn man den Anfängen des Christentums nachspürt, so wird man weit eher ein Aufbegehren aus den untersten Volksschichten mit praktischen Diesseitszielen finden denn eine tatenlose Trost- und Erlösungsreligion, wie sie heute gepredigt wird.

Für die Armen und Sklaven und durch sie entstand die neue Religion. Thoma hat in seiner „Heiligen Nacht“ das vollstimmlich so ausgedrückt:

So ward der Herr Jesus geboren
Im Stalle bei kalter Nacht.
Die Armen, die haben gefroren,
Den Reichen war's warm gemacht.
Sein Vater war Schreiner gewesen,
Die Mutter war eine Magd;
Sie haben kein Geld nicht besessen,
Sie haben sich wohl geplagt.

Kein Wirt hat ins Haus sie genommen;
Sie waren von Verrern froh.
Daß sie noch in Stall sind gekommen,
Sie legten das Kind auf Stroh.
Die Engel, die haben gesungen,
Daß wohl ein Wunder geschehn;
Da kamen die Hirten gesprungen
Und haben es angehehn.

Die Hirten, die wollten's erbarmen
Wie elend das Kindlein sei.
Es ist ein „Geschicht“ für die Armen.
Kein Reicher war nicht babei.

Und Träger der neuen Lehre von der Menschheitsverbrüderung waren weiter für lange Zeit die Bedrückten und Unterjochten. Aber unsere Kirche hat vielfach umgelernt. Heute sind Könige und Kaiser, Bischöfe und Prälaten die offiziellen „Träger“ des Christentums. Was verbleibt da den Armen weiter als die Frage aufzuwerfen nach einem neuen Heil?

Die Hoffnung auf Erlösung von den herrschenden Gewalten ist nicht erloschen, sondern hat die Menschheit im letzten Jahrhundert stärker denn je erfasst und über den ganzen Erdball wächst das Heer derer, die befreit sein wollen. Befreit von den furchtbaren Fesseln, die heute das kapitalistische Joch über die Menschheit gebracht. Mit jedem Anwachsen der „Kultur“, mit dem „Erobern“ neuer Gebiete tritt die Abhängigkeit von Millionen Menschen verstärkt in die Erscheinung und das heutige Wirtschaftssystem ist weder christlich im Sinne der Kirche noch gar im Sinne der Menschheit oder Menschlichkeit.

Die „Kultur“-Staaten neiden einander, stehen sich bis an die Zähne gerüstet gegenüber und jeden Augenblick droht ein Weltbrand, droht ein Krieg zu machen, was mehrere Geschlechter an Kultur- und Menschheitsgütern schenken. Ob wir die Eroberungspolitik Italiens in Tripolis oder die Er-

oberungsgelüste des offiziellen Deutschlands betrachten, ob Rußland und England in Persien zusammenstoßen, eins wie das andere zeugt von solcher Unkultur, von solcher Beutegier und unchristlichem, unmenschlichem Tun, daß alle Beschönigungen nicht darüber hinweghelfen.

Was der einzelne aber weit stärker als unchristlich oder unbrüderlich empfindet, ist die Verteilung der Arbeit und des Reichtums. Ganz im umgekehrten Verhältnis, wie es das natürliche Empfinden des Menschen verlangt, ist heute Regel: Je schwerer die Arbeit, um so armseliger die Existenzmöglichkeit. Die harte körperliche Arbeit müht sich auch heute noch vergeblich ab, den Kampf aufzunehmen gegen Not, Krankheit und frühen Tod. Auf den „Höhen des Lebens“ aber wandeln die Besitzenden. Sie können prassen und schwelgen, einen Luxus entfalten, wie ihn frühere Jahrhunderte sich nicht träumen ließen, sie können in Stunden verbrauchen, was Tausende in Jahren erarbeiteten. Hier setzt nun das neue Heil, die Lehre vom Sozialismus, von der Brüderlichkeit aller Menschen ein. Die Arbeit werde frei! Nicht fürder soll der gesellschaftliche Reichtum einzelnen wenigen zustatten kommen, sondern die Erzeuger der Werte sollen selbst Anteil haben an allen Gütern der Erde. Wird das neue Heil erfüllbar sein? Wird die menschliche Gesellschaft einmal die Produktion selbst in die Hand nehmen, anstatt sie der willkürlichen Ausbeutung einzelner zu überlassen? Die Anzeichen wehren sich, daß das Gesetz der Entwicklung in unserem Sinne, im Sinne des Sozialismus bereits entschieden hat und es bedarf nur des verstärkten Zusammenhaltens aller wahren Kulturfreunde, aller Unterdrückten und Arbeitenden und die kapitalistische Feste gerät ins Wanken. In wenig Tagen unternehmen wir wohl einen neuen Teil-Ansturm: Heil! wie soll da das Materielle bröckeln, um uns eine Bresse zu schaffen, die unser weiteres Vordringen erleichtern kann.

Weihnachten, das Fest des Lichts, da die Sonne höher steigt und die Kerzen den Lichtschimmer in die kleinste Hütte tragen sollen. Weihnachten, da Du Weib und Kind mit kleinen Gaben erfreuen willst, läßt wohl in Dir trotz Not und Sorge reine Festesfreude aus und Du möchtest Dir gewiß nichts davon nehmen lassen. Auch das ist Dein gutes Recht. Aber gerade ein fröhliches Weihnachtsfest mag Dir den Gedanken nahebringen: Wir freuen uns des werdenden Lichts, das den Sieg über die Finsternis gewinnen muß. Wir freuen uns über den siegenden Lichtgedanken des Sozialismus und der wachsenden Solidarität aller Bedrückten, denn das ist die Gewähr einer aufsteigenden Menschheitsentwicklung. Ihr die Wege zu ebnen soll unsere Aufgabe sein, um so den Hoffnungs- spruch aus alte Zeit wahr zu machen:

„Friede auf Erden
und den Menschen ein Wohlgefallen!“

Die Reichstagswahlen und die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen.

Am Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen gegenwärtig die Wahlen zum deutschen Reichstage, die am 12. Januar vollzogen werden sollen. Mit Spannung warten die Anhänger der verschiedenen Parteien auf den Ausgang der Wahlen, da hiervon ein Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne der Parteizugehörigen abhängt.

Wählen dürfen am 12. Januar mit Ausnahme des weiblichen Geschlechts alle über 25 Jahre alten Personen, soweit sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Frauen sind also an den Wahlen nicht unmittelbar beteiligt. Trotzdem ist der Wahltag auch für sie von großer Bedeutung, nicht nur, soweit sie als Staatsbürgerinnen in Frage kommen, sondern speziell als Angehörige der arbeitenden Klasse und ganz besonders als Arbeiterinnen, als Mitglieder der Gewerkschaften.

Diese greifen allerdings nicht aktiv in den Wahlkampf ein. Sie haben wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen und dürfen nach dem Reichsvereinsgesetz sich nicht politisch betätigen. Dennoch aber sind die Mitglieder der Gewerkschaften in hervorragendem Maße an dem Ausfall der Wahlen interessiert. Gängt es doch von diesen ab, welche Machtstellung die Parteien, die den Bestrebungen der Gewerkschaften wohlwollend oder feindlich gegenüberstehen, im neuen Reichstage haben werden, und weiter, ob den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft die Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gesetzgebung ermöglicht oder unterbunden wird.

Das Verhalten der verschiedenen Parteien im Reichstage während der bisherigen Legislaturperioden und namentlich während der letzten, zeigt aber, was die Angehörigen der besitzlosen Klasse und die Gewerkschaften für die Zukunft zu erwarten haben, wenn in der Zusammensetzung des Reichstages keine Änderung eintritt.

Große Lasten hat der verfloßene Reichstag der Bevölkerung durch die Reichsfinanzreform auferlegt, die durch indirekte Steuern die notwendigen Lebensmittel verteuert und für Tausende durch die Tabak- und Zündholzsteuer die Arbeitsgelegenheit eingeschränkt hat. Namentlich den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen ist hierdurch das Leben ungemein erschwert worden. Den ersten, weil sie bei ihrem schon so geringen Verdienst höhere Aufwendungen für die notwendige Nahrung nur dadurch tragen können, daß sie für die Zukunft noch mehr als bisher auf gutes Essen verzichten. Für die letzteren sind die häuslichen Sorgen, wie mit dem schmalen Einkommen der Familienmitglieder diese gewöhnlich ernährt werden können, um vor allen Dingen die Arbeitskraft zu erhalten, bedeutend geistig.

Wir müßten daher von den weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse die Bestrebungen der Gewerkschaften, durch ihre Kämpfe die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, unterstützt werden. Bei diesem Streben aber erfahren nun die Gewerkschaften durch das 1908 beschlossene Reichsvereinsgesetz die größten Schwierigkeiten. Wiederholt sind Versammlungen durch Uebergriffe der Polizeibehörden und der Verwaltungsorgane des Staates verhindert, Zweigvereine der Gewerkschaften als politische Vereine erklärt und in ihrem Wirken gehemmt worden. Und als im Oktober dieses Jahres dieserhalb der Reichstag von den Vertretern der Arbeiterschaft interpelliert wurde, da zeigte es sich, daß außer der sozialdemokratischen Fraktion keine andere Partei ernsthaft gewillt ist, die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Behörden im Sinne des Wortlautes und der gegebenen Versprechungen durch Regierungsvertreter zu garantieren. Die Machtbefugnisse, die das Reichsvereinsgesetz den Polizeibehörden und Verwaltungsorganen durch die Auslegung seiner Bestimmungen einräumt, sind für die Gewerkschaften und damit für die gesamte Arbeiterschaft eine so große Schädigung, daß demgegenüber die Vorteile, die das Gesetz gebracht hat, z. B. das Recht, daß auch Frauen politischen Vereinen als Mitglieder angehören können, mehr als aufgehoben werden.

Wie beim Reichsvereinsgesetz, so sind auch bei allen anderen Gesetzesentwürfen, die dem letzten Reichstage zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegen haben, die Interessen der arbeitenden Klasse in erster Linie und häufig ganz allein von den Sozialdemokraten vertreten worden. Für was unter anderem der Fall bei der Beratung des Antrages auf Schaffung eines Reichsberggesetzes, der Novelle zur Gewerbeordnung, dem Antrage auf Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, bei der Reichsversicherungsordnung und zuletzt beim Hausarbeitsgesetz.

Obgleich in den Jahren 1885 bis 1908 im deutschen Bergbau 1 220 946 Unglücksfälle vorgekommen sind, von denen 26 011 tödlich verliefen, und obgleich durch das Unglück auf der Zeche Mabbod am 12. November 1908 350 Bergleute auf einmal ihren Tod fanden, wurde doch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, ein Reichsberggesetz zu schaffen, das den Arbeitern Schutz bringen sollte, abgelehnt. Während der Debatten und namentlich auf einer Konferenz, welche die Bergwerksverwaltungen am 6. Januar 1909 in Berlin abhielten, kam deutlich der Einfluß der Bergwerksbesitzer auf die Regierung zum Ausdruck. Ministern wurde hier mit der Entlassung gedroht, wenn sie den Berggehaltigen gegenüber sich nicht gefügig zeigten.

Die Novelle zur Gewerbeordnung wurde nur soweit Gesetz, als es sich um die Regelung des Maximalarbeitstages für erwachsene Arbeiterinnen handelte, den die Gewerkschaften übrigens ihren Mitgliedern zum großen Teil schon längst erkungen hatten. Alle übrigen Forderungen gehören zu denen, die gleich dem Arbeitskammergesetz, das den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gesetzliche Vertretung sichern sollte, durch den Schluß des Reichstages nicht mehr zur Beratung gekommen sind. Von der Zusammensetzung des nächsten Reichstages wird es abhängen, ob solche Forderungen wieder zur Beratung und Beschlußfassung kommen und in welcher Form sie angenommen werden. Von dem Ausfall der Wahlen wird es auch abhängen, ob die Absichten des vereinigten Unternehmertums, Ausnahme Gesetze gegen die Gewerkschaften durchzusetzen, Aussicht auf Erfolg haben. In dem Vorkurwurf zum deutschen Strafgesetzbuch hatte die Regierung den Wünschen der Unternehmer entsprochen. Auch dieser Gesetzesentwurf erlitt durch den Reichstagsbeschluß dasselbe Schicksal wie die vorerwähnten.

So arm an positiven Leistungen in bezug auf Arbeiterschutz war selten eine Reichstagsperiode wie die letzte. Und doch hat der vorletzte Reichskanzler, Fürst Bülow, nach dem Ausfall der Januarwahlen 1907 erklärt, nun, nachdem die sozialdemokratische Fraktion nahezu die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt hat, würde erst recht Sozialpolitik betrieben werden. Die Erfahrungen haben aber gelehrt, daß der erste Reichskanzler, Fürst Bismarck, recht hatte, als er sagte, ohne Sozialdemokratie gäbe es überhaupt keine Sozialpolitik. Wenn die verschiedenen Parteien, vor allen Dingen das Zentrum, nicht gezwungen wären, doch manchmal Rücksicht auf ihre Wähler zu nehmen, die zum großen Teil Arbeiter bilden, dann würde es in dieser Beziehung noch weit schlimmer stehen. Nur die sozialdemokratische Fraktion ist bisher stets geschlossen für Arbeiterschutzgesetze und solche, die die Arbeitervertretung regeln sollen, eingetreten und hat den Anstoß zu diesen und zu Verbesserungen der bestehenden Gesetze gegeben. Daß es ihr nicht möglich war, mehr zu erreichen, lag daran, daß die Gegner der Sozialpolitik, Konservative, Nationalliberale, teilweise auch Freikämmerer, vor allen Dingen aber das Zentrum, noch immer die Mehrheit im Reichstage bildeten und imstande waren, alle Versuche, die Gesetzgebung für die Arbeiterschaft günstig zu gestalten, zu hintertreiben.

Dies zeigte sich deutlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, deren Bedeutung von den Arbeitern und vor allem den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen viel zu wenig erkannt wird.

Namentlich soweit die weibliche Arbeiterschaft in Frage kommt, sind in das Gesetz Verschlechterungen gegenüber den bisher gültigen Bestimmungen hineingekommen und nahezu alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden. Erstmal, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Sanktion zu begründen. Für die Krankenversicherung wurde auf diese Weise die Selbstverwaltung zum großen Teil aufgehoben, die den versicherten Mitgliedern erst die im Gesetz vorgesehenen Mehrleistungen gewährt hat und auch in Zukunft nur tun wird. Hierzu gehören neben Krankenhausbehandlung die Lieferung teurer Medikamente und Heilmittel, Familienhilfe, Schwangerenunterstützung, Hauspflege, erhöhtes Sterbegeld und anderes. Anspruch auf Wöchnerinnenunterstützung haben nach wie vor nicht alle weiblichen Familienmitglieder. Die Heimarbeiter und Arbeiterinnen werden zum großen Teil den Landkrankeassen unterstellt werden, die Wöchnerinnenunterstützung nur auf die Dauer von vier Wochen zahlen brauchen und diese sowie Krankenunterstützung während der Wintermonate auf die Hälfte der in diesen Klassen schon so niedrigen Verordnungen herabsetzen und unter bestimmten Voraussetzungen ganz verweigern können.

Diese Vorschriften sind sämtlich gegen den Willen und die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten gefaßt worden, obgleich diese in Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse in der Arbeiterschaft den Ausbau der Krankenversicherung dringend gefordert hatten. Jährlich sterben an den Folgen der Entbindung 10 000 Frauen in Deutschland, und 50 000 tragen schwere Erkrankungen davon. Auch die hohe Säuglingssterblichkeit, die namentlich in Arbeitergegenden anzutreffen ist, hätte Veranlassung sein müssen, die Bestimmungen der Krankenversicherung zu erweitern. Aber auch hier blieben die Arbeitervertreter, die sozialdemokratischen Abgeordneten, mit ihren Anträgen auf Einführung allgemeiner Hebammenhilfe, Zahlung von Schwangerenunterstützung an alle in Frage kommenden Mitglieder und Gewährung von Stillgeld nahezu allein. Ihre geringe Zahl war schuld daran, daß ihre Anträge nicht zur Annahme kommen konnten.

Wie bei der Krankenversicherung liegt es nun bei der Unfallversicherung und in erster Linie bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Namentlich die letztere ist es, die zum größten Protest herausfordern mußte, da sie das 1902 gegebene Regierungsversprechen, vom 1. Januar 1910 ab aus den Mehrerträgen der Witwen Renten an Witwen und Waisen zu gewähren, vom 1. Januar 1912 ab erfüllen soll. Allerdings nicht in dem damals versprochenen Sinne. Es werden nämlich nur die Witwen Renten für sich und ihre Kinder erhalten, die nicht mehr arbeitsfähig sind, und auch nur dann, wenn der Mann Invalidenmarken geklebt hat. Unter 100 Witwen haben nach diesen Bestimmungen nur immer sieben Anspruch auf Rente. Ob sie solche erhalten, steht außerdem sehr dahin, da der bisher geltende Begriff für die Invalidität auch für die Hinterbliebenen aufrechterhalten wird. Es ist vorgekommen, daß alte, vollständig gebrechliche Leute und solche ohne Arme oder Beine mit ihren Ansprüchen auf Rente abgewiesen worden sind.

Außerdem sind es die niedrigen Renten, die der Arbeiterschaft zeigen mußten, daß nicht beabsichtigt ist, ihr durch das Gesetz Hilfe zu bringen. Es muß immer wieder betont werden, daß mit der Reichsversicherungsordnung und der Verabschiedung des Gesetzes vor den Neuwahlen nur eine Täuschung der Wähler beabsichtigt war, die um so leichter möglich ist, als leider die Arbeiterschaft in erster Linie die weibliche, diesem Gesetz recht interesselos gegenübersteht.

Renten für Witwen und Waisen waren versprochen. Erhalten werden solche nur invalide Witwen und ihre Kinder, und zwar die Witwe im Betrage von 19 Pf. täglich, das erste Kind von 9 Pf. und jedes weitere Kind von 7 Pf. pro Tag, und zwar nach dem noch nachträglich beschlossenen Einführungsgezet für alle Lohnklassen auf lange Zeit hinaus.

Bevor eine invalide Witwe Anspruch auf den horrenden Satz von täglich 20 Pf. Rente erheben darf, müssen ohne Rücksicht auf die bisher geleisteten Beiträge vom 1. Januar 1912 ab in der ersten Lohnklasse 10 Jahre und 36 Wochen hindurch Beiträge entrichtet sein, in der zweiten Lohnklasse 4 Jahre und 1 Woche, in der dritten Klasse 2 Jahre und 32 Wochen, in der vierten Klasse 2 Jahre und 1 Woche und in der fünften Klasse 1 Jahr und 36 Wochen. Dann erst erhalten invalide, also erwerbsunfähige Witwen den erwähnten Rentensatz.

Dafür werden aber die Beiträge in sämtlichen Lohnklassen erhöht, und ferner fällt die Erstattung eingezahlter Beiträge an Frauen nach ihrer Verheiratung und beim Tode des versicherten Ehemannes fort.

Alle diese Bestimmungen sind trotz energischen Protestes der Vertreter der Sozialdemokratie in das Gesetz hineingekommen, und das Verhalten der Parteien bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, einem Gesetz, das nur für die Arbeiterschaft und zum großen Teil für die weibliche, in Frage kommt, mußte den Angehörigen der besitzlosen Klasse zeigen, welchen Vorteil die Vermehrung der Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter ihr bringen würde.

Taselfbe ist zu sagen von den Erfahrungen bei Beratung des Gesetzesentwurfes, der in den letzten Tagen zur Annahme gelangte, dem Entwurf zum Hausarbeitsgezet. Auch hier waren es neben der sozialdemokratischen Fraktion nur wenige bürgerliche Abgeordnete, die für Verbesserungsanträge eintreten und stimmten. Alle übrigen, allen voran wieder die Vertreter des Zentrums, beantragten und stimmten für die Anträge, die es dahin brachten, daß die Gemeindegewerkschaften und -arbeitnehmer dafür bestraft werden können, daß sie nicht soviel verdienen, um den gesellschaftlichen Anforderungen auf Ausgestaltung der Arbeitsräume gerecht zu werden. Den erwarteten und gewünschten Einfluß auf die Lohnverhältnisse bringt das Hausarbeitsgezet nicht.

Die Arbeiterinnen seien ferner noch besonders an die Abstimmung der Parteien über den Antrag auf Änderung des § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes erinnert, die ihnen und den weiblichen Angestellten das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bringen sollte. Hier zeigte sich ebenfalls dasselbe Resultat wie stets, wenn es sich um Arbeiterrechte oder Vorteile dieser am schlechtesten gestellten Schicht der Gesellschaft handelt.

Eine Änderung der Gesetzgebung in für die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen günstigem Sinne wird erst dann eintreten, wenn die große Masse der Bevölkerung — und das ist die besitzlose — erkannt hat, wer für ihre Interessen eintritt. Daß dies die Vertreter der Sozialdemokraten bisher stets und oft allein getan haben, bedarf wohl keiner weiteren Beweise.

Wenn deshalb die sozialdemokratische Fraktion durch die Wahlen erhebliche Zunahme ihrer Mitgliederzahl erfährt, dann werden auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen dies Resultat mit Freude begrüßen. Garantiert ihnen doch die wachsende Macht der Sozialdemokratie im Reichstage erhöhten Einfluß dieser stets für die besitzlose Bevölkerung eintretenden Partei auf die Gesetzgebung und erhöht dadurch die Hoffnung, daß auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, ungehindert ihre ihnen gesetzlich erlaubten Aufgaben erfüllen und der Arbeiterschaft die Lebensbedingungen erleichtern können.

Die Arbeitszeit in Gemeindebetrieben.

1.

Die heutige Arbeitsmethode, die intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte spannt die Arbeiter übermäßig an. Infolgedessen sind sie oftmals schon in jüngeren Jahren verbraucht und erwerbsunfähig. Das geschieht natürlich bei langer Arbeitszeit bedeutend anschiebiger. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiter nicht der Arbeitsstelle nachziehen können, sondern gezwungen sind, in den Vororten zu wohnen und nach wie von der Arbeit längere Zeit als Wegzeit aufzuwenden. Würde diese zur Arbeitszeit hinzugerechnet, so kämen 11 bis 12 und noch mehr Stunden in Betracht. Zur Erholung bleibt da recht wenig Gelegenheit, auch fehlt es an genügender Zeit zum ergebnissen Schlaf. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist daher eine Notwendigkeit, sie wird auch von allen wahrhaften Sozialpolitikern als unbedingt erforderlich erachtet.

Was hier von der Allgemeinheit der Arbeiterschaft gesagt, gilt natürlich auch für die in Gemeindebetrieben Beschäftigten. Da ist die Arbeitszeit noch um vieles länger wie in der Privatindustrie. Während hier zumeist nur 8 bis 9 Stunden gearbeitet wird und selbst für die Staatsbetriebe die Arbeitszeit täglich nur 9 Stunden betragen soll, umfaßt die durchschnittliche Arbeitszeit für die Gemeindebetriebe 9,6 Stunden. Dabei ist die Arbeit besonders in den Gasanstalten sowie in einzelnen anderen Abseits eine derartig anstrengende und ungesund, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in etwas schnellerem Tempo durchzuführen als dringende soziale Pflicht erscheint.

Ganz selbstverständlich streben auch die Gemeindearbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit. Um hier aber nachhaltig wirken zu können, muß seitens der Gemeindearbeiter auch der Beweis erbracht werden, wie die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben und in den einzelnen Städten bestellt ist. Die Organisation hat es deshalb unternommen, Zusammenstellungen über die Arbeitszeit in Gemeindebetrieben aufzunehmen und zu veröffentlichen. Das geschah nach dem Stande vom 1. Mai 1911. Ihre Herausgabe erfolgte in Prospektform. Der Umfang der Statistik erstreckt sich für nachbezeichnete Betriebsanstellungen auf die angegebenen Zahl der Orte: Elektrizitätswerke 68, Friedhofsbauer 70, Gärtner und Parkarbeiter 98, Gasarbeiter 151, Hafenarbeiter 12, Kanalreiniger 100, Schlacht- und Viehhofarbeiter 77, Schularbeiter 35, Straßenreiniger 133, Theaterarbeiter 21, Wasserwerkarbeiter 100, Personal Zool.-Gärten 5.

Für die Mehrzahl dieser Gruppen wird mit Ausnahme der Schichtarbeiter noch Sommer- und Winterarbeitszeit unterschieden. Die Arbeiter erhalten dann bei verkürzter Arbeitszeit im Winter verschiedene auch Lohnföhrungen. In letzter Zeit ist es aber gelungen, einige Stadtverwaltungen zu bewegen, daß sie Sommer und Winter gleichen Lohn zahlen. Für die Arbeiter ergeben sich hieraus immerhin keine Vorteile. Allerdings kommt in städtischen Unternehmen wenig vor, daß sie hier aber überhaupt noch vorkommt, ist an sich schon bedauerlich.

Wie bereits gesagt, ist die durchschnittliche Arbeitszeit für alle Kategorien und Orte 9,6 Stunden pro Tag. Dagegen

ist aber zu berücksichtigen, daß für 58,5 Orte bzw. Betriebe noch der Achtstundentag besteht, während der Neunstundentag nur für 11 Proz. der Betriebe und Orte in Betracht kommt, der Achtstundentag auch nur verhältnismäßig wenig (mit 7,3 Proz.) eingeführt ist. Er bewirkt aber bei der Durchschnittsberechnung die geringere Durchschnittsziffer. Prozentual berechnet verteilt sich die Arbeitszeit in ihrer Länge auf 9 Stunden und darunter auf 20 Proz. und über 9 Stunden 80 Proz., hiervon sind 10 Proz. Arbeitszeiten über 10 Stunden. Für die Arbeitszeit über 10 Stunden kommen, insgesamt 33, über 9 Stunden hingegen 41 Arbeiterkategorien in Frage. Man muß auch mit früheren Zusammenstellungen verglichen, hier von einer Verringerung gesprochen werden, so müssen wir doch betonen, daß noch unendlich viel an der Durchführung des Achtstundentages fehlt. Aus den Berechnungen geht weiter hervor, daß die durchschnittliche Arbeitszeit im Sommer 9,7 und für den Winter 9,5 Stunden pro Tag beträgt und für die Kategorien, welche Sommer und Winter gleich arbeiten, 9,7 Stunden.

Der Achtstundentag war in kontinuierlichen Betrieben bis zum 1. Mai 1911 eingeführt in 56 Orten mit 75 Gasanlagen, in 11 Orten mit 11 Elektrizitätswerken, in 4 Orten für Heizer und Maschinisten in Wasserwerken, in 3 Orten für Heizer und Maschinisten in Schlachthöfen.

Außerdem haben den Achtstundentag die Straßenreini-ger im Sommer bei Tag in 2 Orten, im Winter in 15 Orten, bei Nacht im Sommer in 13 und im Winter in 9 Orten. Manal-reinigungsarbeiter im Sommer und Winter in einem Ort, im Winter dagegen in 7 Orten.

Die Zahl der Orte, in denen der Achtstundentag für den Feuerhausbetrieb der Gasanlagen eingeführt ist, ging relativ zurück, da in Warmen und Effen der Feuerhausbetrieb einging, weil die Gaslieferung von den Kechen übernommen wurde. Mit der Einführung der Kammern war in Spandau die beidmündende Tatsache zu verzeichnen, daß die 12stündige Arbeitszeit wieder in Kraft trat. In Ludwigshafen wurde die aus gleicher Ursache auf 12 Stunden verlängerte Arbeitszeit der Schichtarbeiter des Gaswerkes durch den schon früher bestandenen Achtstundentag abgelöst.

Trotz der Einführung der Achtstundenschicht für die Betriebsarbeiter in Gaswerken ist allgemein die durchschnittliche Arbeitszeit für die einzelnen Gruppen des Innens-betriebes noch bedeutend höher. Sie beträgt für Feuerhaus-arbeiter, Wasserstoffgasarbeiter und Kokslocher 9,4 Stunden pro Tag, Heizer und Maschinisten 9,9 Stunden, Schläder und Steiger-rohrenreiner 9,1 Stunden, Koksfahrer 9,3 Stunden, Koksmaher 9,7 Stunden und für Teer- und Reinigungsarbeiter, Handwerker und Hofarbeiter 9,8 Stunden pro Tag. In der Mehrzahl der in der Statistik aufgeführten Orte macht die tägliche Arbeitszeit noch 10 und mehr Stunden aus. Die Wechselschicht der Betriebs-arbeiter beträgt vielfach noch 16, 18 und auch 24 Stunden. Wenn-gleich von unparteiischer Seite, wie Gewerbeinspektoren, Sozial-politikern, Ärzten usw. mehrfach auf die Schädlichkeit der langen Wechselschicht hingewiesen wurde, können sich viele Stadtverwal-tungen zu einer Abänderung schwer entschließen, da sie teilweise den Lohn für die Wechselschicht mit zum gewöhnlichen Verdienst rechnen und sie bei Verkürzung dieser Schicht eine dementsprechende Erhöhung des Lohnes vornehmen müßten. In der Hauptsache arbeiten eben die Innensbetriebsarbeiter noch 36 bzw. 34 Schichten pro Jahr.

Über die Arbeitszeit im Außenbetrieb der Gaswerke können wir aus 112 Orten berichten. Hier unterscheiden wir Sommer und Winterarbeitszeit. Wir müssen jedoch konstatieren, daß in der Mehrzahl der Gaswerke noch 10 und mehr Stunden gearbeitet wird. Haben doch allein die 12stündige Arbeits-zeit im Sommer noch 79,3 Proz. von der Werkstatt, 78,1 Proz. vom Moehne, 78,5 Proz. von der Installation, 67 Proz. von den Standaufnehmern sowie 72 Proz. der Laternen- und Glühlicht-arbeiter; im Winter sind die Verhältniszahlen 70,2, 63,0, 68,3, 66,5 und 65,3 Proz. Daß aber selbst im Winter, wenn auch nur in wenig Orten noch länger gearbeitet wird, ist besonders bedauerlich. Immerhin ist anzuerkennen, daß für Arbeiter der Werkstatt, sowie im Moehne und der Installation länger wie 10 Stunden nur in einem Ort gearbeitet wird.

Besonderes Interesse erweckt auch die Arbeitszeit der La-ternenwärter und -anzünder. In einzelnen Orten geht sie bis herunter zu 1½ Stunden, an anderen Orten steigt sie bis 16 und mehr, ja in einem Ort selbst bis zu 16 Stunden. Ein recht wechselvolles Bild. Die Laternenwärter, die gleichzeitig mit

zünden, werden unter 8 Stunden nur in 12 Orten beschäftigt, 8 bis inkl. 10 Stunden in 54 und über 10 Stunden in 4 Orten, während 33 Orte verschiedene Arbeitszeit haben. Im Winter sind keine nennenswerten Abweichungen. Bei den Anzündern hingegen ist die Arbeitszeit für 12 Orte unter 4 Stunden, für 11 Orte 4 bis 8 Stunden, für 6 Orte jedoch 8 bis inklusive 10 Stunden und für 34 Orte verschieden, meist allerdings unter 8 Stunden. Aus diesen Zahlen geht zur Genüge hervor, daß die Laternenwärter, welche gleichzeitig mit zünden, im allgemeinen als vollbeschäftigte Arbeiter anzusehen sind, da in der weitaus größten Zahl der Orte die Arbeitszeit höher wie 8 Stunden steht, also das Maß für vollbeschäftigte Arbeiter vollumfänglich erreicht. Bei den Laternenanzündern muß aber zugegeben werden, daß der größte Teil unter der normalen Arbeitszeit beschäftigt ist, sie also insolge dessen in einer größeren Anzahl von Städten als nicht vollbeschäftigte Arbeiter angesehen werden müssen. Wie gesagt, beschränkt sich dies auf diejenigen Kollegen, welche Laternen nur anzünden, mit dem Fuken sonst weiter nichts zu tun haben.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Außenbetrieb der Gaswerke, Werkstatt: Im Sommer: 12 Orte 9 Std., 17 Orte 9½ Std., 3 Orte 9¾ Std., 113 Orte 10 Std. Im Winter: 2 Orte 8½ Std., 21 Orte 9 Std., 19 Orte 9½ Std., 3 Orte 9¾ Std., 100 Orte 10 Std.

Für das Personal des Moehne: Im Sommer: 11 Orte 8½—10 Std., 16 Orte 9½ Std., 3 Orte 9¾ Std., 106 Orte 10 Std. Im Winter: 2 Orte 8 Std., 4 Orte 8½ Std., 17 Orte 9 Std., 2 Orte 9½—10 Std., 20 Orte 9½ Std., 3 Orte 9¾ Std., 86 Orte 10 Std.

Für die Arbeiter der Installation: Im Sommer: 12 Orte 9 Std., 17 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 107 Orte 10 Std. Im Winter: 1 Ort 8 Std., 2 Orte 8½ Std., 19 Orte 9 Std., 1 Ort 9½—10 Std., 19 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 91 Orte 10 Std.

Für Standaufnehmer resp. Wasseranleger: Im Sommer: 1 Ort 7 Std., 4 Orte 8 Std., 16 Orte 9 Std., 12 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 78 Orte 10 Std., 1 Ort 11 Std., 1 Ort 15 Std. Im Winter: 7 Orte 8 Std., 1 Ort 8½ Std., 20 Orte 9 Std., 2 Orte 9½—10 Std., 11 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 66 Orte 10 Std., 1 Ort 11 Std., 1 Ort 12 Std.

Für Laternen- resp. Glühlichtarbeiter: Im Sommer: 11 Orte 9 Std., 10 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 71 Orte 10 Std., 2 Orte 10—12 Std., 1 Ort bis 12 Std. Im Winter: 1 Ort 8½ Std., 17 Orte 9 Std., 1 Ort 9½—10 Std., 10 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 64 Orte 10 Std., 1 Ort 11 Std., 1 Ort 12 Std.

Es ist also noch sehr, sehr viel zu ändern, wenn die Arbeitszeit in den Gaswerken den Verhältnissen entsprechend umgestaltet werden soll.

Ebenso traurig wie in den Gasanlagen liegen die Verhältnisse der Heizer in Elektrizitätswerken. Unsere Statistik umfaßt 68 Orte. In 11 Orten ist der Achtstundentag eingeführt, die längste Arbeitszeit beträgt aber 15 Stunden, die durchschnittliche Arbeitszeit demnach noch 10,2 Stunden. Es wird gearbeitet: In 11 Orten 8 Std., in 8 Orten 9 Std., in 1 Ort 9—10 Std., in 1 Ort 9½ Std., in 1 Ort 9¾—10 Std., in 25 Orten 10 Std., in 3 Orten 11 Std., in 16 Orten 12 Std., in 1 Ort 10—15 Std. und in 1 Ort 15 Std. Die 18- resp. 24stündige Wechselschicht ist in diesen Betrieben gleichfalls noch vorherrschend. Es wird auch hier das Bestreben der organisierten Kollegen sein müssen, für baldige Abhilfe zu sorgen. Das für die Wechselschicht der Gasarbeiter Gesagte trifft auch für die Heizer in Elektrizitätswerken in volstem Maße zu.

Die Arbeitszeit der Wasserwerksarbeiter ist mit Ausnahme der Betriebsarbeiter im Winter gewöhnlich kürzer wie im Sommer und beträgt durchschnittlich im Sommer 10 und im Winter 9,4 Stunden täglich. Die kürzeste Arbeitszeit im Sommer 9 und im Winter 8, die längste hingegen im Sommer wie im Winter 15 Stunden. Die von 100 Orten angegebene Arbeitszeit gestaltet sich folgendermaßen: Im Sommer: 8 Orte 9 Std., 1 Ort 9—10 Std., 13 Orte 9½ Std., 2 Orte 9¾ Std., 69 Orte 10 Std., 1 Ort 10½ Std., 5 Orte 12 Std., 1 Ort 10—15 Std. Im Winter: 1 Ort 8 Std., 1 Ort 8½ Std., 1 Ort 8—9 Std., 4 Orte 8¾ Std., 17 Orte 9 Std., 3 Orte 9—10 Std., 1 Ort 9¾ Std., 63 Orte 10 Std., 1 Ort 10½ Std., 5 Orte 12 Std., 1 Ort 10—15 Std., 1 Ort verschieden.

Ferner ist hier die Achtstundenschicht für Betriebsarbeiter (Heizer und Maschinisten) in 4 Orten eingeführt. Das Resultat kann und jedoch keinesfalls befriedigen. Unser Bestreben ist, den Achtstundentag allen Arbeitern zugänglich zu machen. Den Kolonnen- resp. Streckenarbeitern ist es sehr not, sie müssen bei Wind und Wetter ihre Arbeit verrichten, können bei

Rohrbrüchen usw. nicht danach fragen, ob Sonn- oder Feiertag ist, sondern müssen im Interesse der Allgemeinheit ihre Arbeit schaffen.

Ueber die Verhältnisse der Schulheizer steht uns noch wenig Material zur Verfügung. Nur von 35 Orten haben wir Angaben. Davon haben 11 eine unbestimmte Arbeitszeit, sie kann somit beliebig ausgedehnt werden und die dort beschäftigten Arbeiter müssen sich möglichst zu jeder Zeit dienstbereit halten. Von den übrigen 24 Orten ergibt sich als durchschnittliche Arbeitszeit 11,1 Stunden, die kürzeste beträgt 9, die längste 16 Stunden. Die Schulheizer werden von den Stadtverwaltungen in den meisten Fällen noch sehr hinfällig behandelt. Mit Ausnahme der im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten werden sie vielfach nur im Winter beschäftigt, im Sommer müssen sie anderweitig Beschäftigung suchen. Es wäre für die Stadtverwaltungen ein Leichtes, alle diese hier in Frage kommenden Personen in ein dauerndes Arbeitsverhältnis zu bringen. Die Leute könnten im Sommer, wenn sie nicht in den Schulen gebraucht werden, in anderen Betrieben, die im Sommer bedeutend mehr Kräfte gebrauchen, untergebracht werden.

Die Arbeit der Straßenreiniger ist eine der unangenehmsten, welche in städtischen Betrieben zu verrichten ist; für die Arbeiter selbst ist sie auch mit großer Gefahr verbunden. Das moderne Verkehrsleben erfordert Umsicht und Geistesgegenwart der Arbeiter. Durch die gewaltige Anspannung des Nervensystems leidet die Gesundheit der Arbeiter ganz gewaltig. Hier wäre somit eine Vertagung in erster Linie am Platze. Wenn in früheren Jahren Invaliden und alte Leute zu diesen Arbeiten verwandt wurden, so läßt sich dies heute nur noch in verkehrsarmen Gegenden durchführen. Mehrfach haben wir hier Tag- und Nachtschicht. Der Nachtschichtentag ist im Sommer in 2 Orten, im Winter in 18 Orten eingeführt. Bei Nacht im Sommer in 13 und im Winter in 9 Orten. Unsere Angaben erstrecken sich auf 133 Orte. Die durchschnittliche Arbeitszeit ergibt im Sommer bei Tag 9,9 Stunden, bei Nacht 8,8 Stunden, im Winter bei Tag 9,2 und bei Nacht 8,7 Stunden. Als niedrigste Arbeitszeit ist festgestellt für den Sommer bei Tag 8 Std., Nacht 8 Std., im Winter bei Tag 7 Std., Nacht 7½ Std. Die höchste Arbeitszeit im Sommer bei Tag 12 Std., Nacht 11½ Std., im Winter bei Tag 12 Std., Nacht 10 Std. Die Arbeitszeit beträgt: Im Sommer bei Tag für 30 Orte 8–9½ Std., in 91 Orten 10 Std. und in 11 Orten über 10–12 Std.; bei Nacht 26 Orte unter 10 Std., 5 Orte 10 Std. und 1 Ort über 10 Std. Im Winter: bei Tag 38 Orte unter 9 Std., 26 Orte 9–10 Std., 10 Orte zwischen 9 und 10 Std., 39 Orte 10 Std., 4 Orte über 10–12 Std.; bei Nacht 14 Orte unter 9 Std., 6 Orte 9–10 Std., 4 Orte zwischen 9 und 10 Std. und 3 Orte 10 Std.

Von den Kanalreinigern wird noch viel Unangenehmeres verlangt wie von den Straßenreinigern. Hier können nur Arbeiter beschäftigt werden, die über gute Naturen verfügen. Da sich in den Kanälen und Einstiegschächten giftige Gase ansammeln, sind auch sehr häufig Erkrankungen und Unfälle zu verzeichnen. In den

größeren Orten wird die Ausbaggerung der Straßengullys des Nachts vorgenommen. So arbeitet die Nachtschicht in Berlin, Charlottenburg, Leipzig und Lichtenberg 8 Stunden. Eine vollständig achtstündige Arbeitszeit hat nur Kaiserlautern eingeführt. Im Winter ist die Arbeitszeit vielfach kürzer wie im Sommer und auch für diese Gruppe tritt daher öfter Lohnkürzung ein. In den angeführten 100 Orten besteht eine tägliche Arbeitszeit im Sommer: für 27 Orte unter 10 Stunden, für 69 Orte 10 Stunden und für 4 Orte über 10 bis 11 Stunden; im Winter: für 27 Orte unter 9 Stunden, für 15 Orte 9 Stunden, für 14 Orte zwischen 9 und 10 Stunden, für 35 Orte 10 Stunden und für 2 Orte über 10 Stunden. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt im Sommer 9,8 und im Winter 9,3 Stunden. Im Sommer und Winter beträgt die kürzeste Arbeitszeit 8 Stunden, die längste im Sommer 11, im Winter 10½ Stunden täglich. Ueber das für die Kanalisation noch in Frage kommende Personal der Pumpstationen, Feizer- und Maschinenpersonal, sowie die Streden- und Rieselfeldarbeiter fehlt zurzeit noch das nötige Material.

Die neue Arbeitsordnung in Gebweiler.

Am 14. November hat der Gemeinderat die neue Arbeitsordnung beraten, und endlich ist auch eine Arbeit zustande gekommen, die zwar nicht allen berechtigten Ansprüchen entspricht, aber doch einen wesentlichen Fortschritt darstellt und den Gebweiler Kollegen eine annehmbare Arbeitsordnung sichert. Dies ist um so mehr zu begrüßen, als die Stadtverwaltung sich bisher in dieser Sache sehr rückständig verhalten hat.

Im Sommer 1908 gelangte nach einem ziemlich heißen Wahlkampf eine liberale Gemeindeverwaltung an Stelle der zentrumslichen aus Ruder. Im März 1909 reichte unsere junge Filiale ihre ersten Anträge auf 30 Pf. Lohnerhöhung, Urlaub usw. ein. Dieselben wurden aber verschleppt. Im Januar 1910 wurde unsererseits ein kompletter Entwurf zu einer neuen Arbeitsordnung mit Lohnstarif- und Arbeiterausgleichsgesetz eingereicht. Im Juli 1910 endlich wurde der Lohnstarif beschlossen, der 20 bis 1 Pf. Lohnerhöhung brachte. Im November 1910 wurde dann auch die Arbeitsordnung erwidert, aber in einer mehr wie zweifelhaften Gestalt. Zwar wurde die Bezahlung von drei Feiertagen, Differenzgewährung und Sterbegeld beschlossen, aber auf der anderen Seite die Einteilung der Arbeiter in „Ständige“ und „Unständige“ beschlossen, was vorher nicht da war, so daß die Arbeitsordnung und das Ruhe-lohnstatut dadurch schlechter gestaltet wurden, als sie vorher waren.

Eine außerordentlich lebhaft Kritik setzte ein; in mehreren öffentlichen Versammlungen protestierten die städtischen Arbeiter gegen diese Verschlechterungen, so daß sich die Stadtverwaltung genötigt sah, unserer im Juni d. J. eingereichten Eingabe wenigstens zum Teil Rechnung zu tragen. Dies geschah also am 14. November, wobei folgende Verbesserungen erreicht wurden:

Weihnachts-Marseillaise.

Verstummt, ihr Engel und ihr Hirten,
Verstummt, ihr trägen Elfen,
Es' nicht gelöst der Völker Bürden,
:: Soll Friede nicht auf Erden sein. ::
Wie könnten Freudenslieder hallen,
Wo Unterdrückung herrscht und Not?
Ein solcher Sang es wär' ein Spott,
Dem Menschen wär' es kein Wohlgefallen!
Auf, Proletariat!
Auf, rüste dich zur Tat!
:: Zur Wahl, zur Wahl,
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiungsbahn. ::

Laß dich in süßen Traum nicht wiegen,
Durch Orgelton und Glockenklang,
Steh hoch die roten Banner fliegen,
:: Sie winken zum Befreiungsgang. ::
Hat wohl ein Römer süß geschlafen,
Zur Zeit, da Brennus wog das Schwert?
Wer jetzt noch jauchert, ist es wert,
Daß ihn die Peitsche trifft den Sklaven.
Auf, Proletariat!
Auf, rüste dich zur Tat!
:: Zur Wahl, zur Wahl,
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiungsbahn. ::

Nicht hoffe mehr nach alter Sitte,
Daß dir ein Wunderstern erscheint,
Dich führend zu des Hellsands Hütte, —
:: So ist die Sage nicht gemeint. ::
Blick auf! Ein Stern mit hellem Scheine,
Der Sozialismus winkt dir zu,
Und der Erlöser, der bist du,
Und jene Hütte ist die deine!
Auf, Proletariat!
Auf, rüste dich zur Tat!
:: Zur Wahl, zur Wahl,
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiungsbahn. ::

Auf, auf, zum Kampfe, auf zum Siege,
Damit es Friede auf Erden wird,
Damit der Menschheit Feind erliege,
:: Der freie Volksgeist triumphiert! ::
Und wenn vertilgt die letzten Reste
Des Elends und der Sklaverei,
Wenn alle Menschen froh und frei,
Dann feiern wir Erntefeste.
Auf, Proletariat!
Auf, rüste dich zur Tat!
:: Zur Wahl, zur Wahl,
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiungsbahn. ::

Max Regel

1. Der Begriff der „Ständigkeit“, die dreijährige Probezeit und die rigorosen Vorschriften zur Erlangung der sozialen Einrichtungen wurden aufgehoben. Die Arbeitsordnung gilt vielmehr gleichmäßig für alle städtischen Arbeiter. Dadurch wird die Differenzgewährung, die Feiertagsbezahlung und die Anwartschaft auf Ruhegeld usw. auf alle Arbeiter ausgedehnt, während vorher nur die Hälfte „Ständige“ Arbeiter sein und an diesen Einrichtungen teilnehmen sollten.

2. Bisher war bestimmt, daß drei Feiertage, die beiden Weihnachtstage und Neujahr, bezahlt werden sollten, wenn sie auf einen Werktag fallen. Jetzt werden auch Karfreitag, Oster- und Pfingstmontag noch bezahlt, so daß sechs bezahlte Feiertage vorhanden sind.

3. Die Differenzgewährung war bisher derart beschränkt, daß „Ständige“, d. h. Arbeiter nach dreijähriger Probezeit, in der ersten Krankheitswoche den vollen Lohn, dann einen Zuschuß zum Krankengeld bis zu 80 Proz. dreizehn Wochen lang erhielten. Jetzt erhalten alle Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit diese Differenzbezahlung. In besonderen Fällen kann der Bürgermeister den Zuschuß bis zum vollen Lohn erhöhen.

4. Der Urlaub beträgt für alle Arbeiter vom 2. bis 5. Jahr 3 Tage, vom 6. bis 10. Jahre 5, nach 10 Jahren 7 Arbeitstage.

5. Die Ruheordnungsordnung wurde auf alle Arbeiter ausgedehnt.

6. Die fälligen Lohnzulagen werden wieder je auf den nächsten Quartalsferien, statt wie bisher in halbjährigen Terminen gewährt.

7. „Dem Arbeiter werden je nach der Beschäftigungsart wasserfeste oder Schutzkleider übergeben“, wodurch also die Verwaltung eine gewisse Verpflichtung zur Beschaffung von Schutzkleidung übernimmt, während vorher nur bestimmt war, daß Schutzkleider gewährt werden können.

8. Das Wahlrecht zum Arbeiterausschuß wird allen volljährigen Arbeitern gewährt. Die Wahlarten tritt nach dreijähriger Dienstzeit ein, während bisher nur „Ständige“ wählen konnten und ein Drittel der Arbeiterausschussmitglieder 5 Jahre im Betrieb sein mußten.

Weiter enthält die Arbeitsordnung noch, daß der Arbeiter einen etwaigen Unfall sofort zu melden hat, und daß ihm vom Vorgesetzten die Meldung des Unfalls zu bescheinigen ist. Als Ergänzung des Ruhegeldstatuts ist ein Sterbegeld festgesetzt.

Für die Gasarbeiter waren im Laufe des Sommers einige Verschlechterungen eingetreten, indem den Feuerhausarbeitern verboten wurde, über die 1½ stündige Mittagspause das Werk zu verlassen und zum Mittagessen zu gehen. Weiter wurde eingeführt, daß die Feuerhausarbeiter alle 1½ Stunden die Hälfte der Retorten laden müssen, statt wie bisher alle Retorten nach drei

Stunden. Infolgedessen reichten wir den Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht ein. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der falschen Begründung, das Werk sei zu klein, als daß die Achtstundenschicht in rentabler Weise eingeführt werden könnte. Dies ist nicht richtig, da die Achtstundenschicht in kleinen und großen Werken gleich gut eingeführt werden kann und gleich gut wirkt.

Dagegen ist jetzt eingeführt, daß bei gleichbleibendem Lohn die Arbeiter zwei Wochen im Feuerhaus und eine Woche im Hof sind, so daß die Arbeit wenigstens in etwas erleichtert ist.

Alles in allem hat die Neuregelung schöne Fortschritte gebracht, und wenn es auch nicht richtig ist, was Herr Bürgermeister Frensch behauptete, nämlich, daß die Gewerkschaft die Arbeitsordnung jetzt die Arbeitsordnungen gleichartiger Städte weit überflügelt, so ist doch zuzugeben, daß jetzt Arbeitsordnung, Arbeiterausschußstatut, Lohnstatut mit Ausführendenbestimmungen und Ruheordnungsordnung ein harmonisches Ganzes bilden, dem die Fortschrittlichkeit nicht abgesprochen werden kann. Mögen daraus unsere Gewerkschaften, die allerdings zu 99 Proz. organisiert sind, erkennen, daß ihnen ihr Zusammenschluß gute Früchte getragen hat; mögen sie auch ferner so zusammenstehen, damit sie auch die noch anhaftenden Mängel beseitigen können.

S. B.

Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens.

Vor kurzem ist unter obigem Titel ein Buch unseres Genossen Paul Hirsch*) erschienen, das weit mehr bedeutet, als eine bloße Erläuterung unserer kommunalpolitischen Forderungen. Auf circa 200 Seiten wird die gesamte Kommunalpolitik der Sozialdemokratie behandelt. Und zwar sowohl in Bezug auf die bestehende Gesetzgebung als auch die Forderungen an die Gemeinden selbst. Noch immer wird leider diesem eminent wichtigen Kapitel nur genügend Aufmerksamkeit geschenkt in Arbeiterkreisen und auch so mancher Gemeindevertreter der Arbeiter vermag sich nur schwer in den Gang der kommunalen Verwaltung einzuleben. Mit den bloßen Protesten bei reaktionären Maßnahmen der Stadtverwaltung oder der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheiten ist aber wenig erreicht. Anders gestaltet sich erst das Bild, wenn von unserer Seite Vor schläge und Anträge gestellt werden, die kraft ihrer sozialpolitischen und gemeinnützigen Tragweite auch von den Stadtverwaltungen nicht dauernd abgelehnt werden können. Vielfach ist es besonders geeigneten Kommunalpolitikern unserer Partei gelungen, den Gang der Kommunalverwaltung in Schwung zu bringen und mit der steigenden Sachkenntnis

*) Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens. Herausgegeben von Paul Hirsch. Berlin 1911. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 3 Mk.

Der heilige König Melchior.

Autorisierter Abdruck aus der Kolonialausgabe des Neuen Testaments. (Allen Kolonialeroberern gewidmet.)

Da Jesus geboren war zu Bethlehem im jüdischen Lande, zur Zeit des Königs Herodes, siehe da kamen die Weisen vom Morgenlande gegen Jerusalem, und sprachen:

Wo ist der neugeborene König der Juden? Wir haben seinen Stern gesehen im Morgenlande, und sind gekommen, ihn anzubeten. Und siehe, der Stern, den sie im Morgenlande gesehen hatten, ging vor ihnen hin, bis daß er kam und stand oben über, da das Kindlein war.

Da sie den Stern sahen, wurden sie hoch erfreut;

Und gingen in das Haus und fanden das Kindlein mit Maria, seiner Mutter, und fielen nieder, und beteten es an, und taten ihre Schätze auf, und schenkten ihm Gold, Weihrauch und Myrrhen.

Der jüngste der Könige aber hieß Melchior und war ein Römer. Der hatte im Morgenlande die Kunde empfangen, daß das Heil seiner Seele ihm geboren würde zu Bethlehem im Stalle.

Und wie die andern wieder in ihr Land zogen, verweilte König Melchior noch im Stalle, und fiel nieder und betete andächtig, daß der Jesusknabe seine Seele erleuchte; denn er war ein Heide und schwarz von Angesicht.

Als er aber betete, siehe da kamen die Kriegsknechte des Königs Herodes, schlugen ihn und schrien: Wo sind Deine Schätze, räubiger Hund?

Da gab der König seine Schätze.

Die Kriegsknechte aber schrien: „Ist das alles, sag, wo hast Du versteckt, das Du besitzt?“

Der König antwortete: „Vor dem Tore warten mir noch 500 blanke Kinder.“

Die Kriegsknechte riefen: „Hund, Heide, Rigger, führe uns, daß wir sie nehmen, Deine 500 blanken Kinder.“

König Melchior aber erwiderte: „Nicht doch! Sind es nicht meine Kinder, die ich gepflegt? Was wollt Ihr Euch vergreifen an dem Meinigen?“

Die Kriegsknechte schrien: „Unser sind Deine Kinder; denn Du bist ein Heide und verstockter Herzens.“

Da sagte der König mit trauriger Miene: „Sehet, ich bin gekommen, zu Eurem Heiland zu beten. Lehret Euer Gott uns nicht, daß wir alle gleich seien?“

Die Kriegsknechte aber höhnten: „Vor Gott, bist auch Du, Hund, gleich. Aber vor den Menschen bist Du nur eine minderwertige Rasse.“

König Melchior sagte: „So ist also Euer Gott kleiner in seinem Fördern als die Menschen?“

unserer Vertreter wird das fernerhin im verstärkten Maße der Fall sein — trotz Behinderung durch Dreiklassenwahl und Hausbesitzerprivileg.

Wiederholt haben wir uns in der „Gewerkschaft“ mit den einzelnen kommunalpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie befaßt. Heute möchten wir besonders einen Passus auf S. 99 des Buches zitieren, der die Wohnungsfrage für städtische Arbeiter ganz im Sinne unserer Anschauungen behandelt. Er lautet:

„Was die Schaffung von Mietwohnungen für städtische Arbeiter und Angestellte betrifft, so handelt es sich hierbei meist um Wohlfahrtsanstalten, die die gesetzlichen Rechte der Arbeiter illusorisch machen. Steht es doch in den Mietverträgen gewöhnlich, daß der Mieter, wenn er seine Arbeit bei der Stadt freiwillig aufgibt oder wenn er entlassen wird, seines Mietrechts ohne vorausgegangene Kündigung mit dem Tage des Dienstaustritts verlustig geht und verpflichtet ist, die ihm überlassenen Räume mit den dazu gehörigen Einrichtungsgegenständen spätestens mit Ablauf des angefangenen Quartalsmonats zu räumen und zurückerübergeben. Ja, ein Statut verpflichtet die städtischen Arbeiter, die Dienstwohnungen innehaben, sogar ausdrücklich zur Übernahme von Nachschichten im Bedarfsfalle. Mit Recht wird sogar von bürgerlicher Seite betont, daß die Arbeiter sich durch Übernahme einer solchen Wohnung noch in ein viel größeres Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber begeben, als es das Arbeitsverhältnis an sich schon bedingt, und daß dies der Grund ist, weshalb nicht gerade selten die besseren Elemente unter der Arbeitbevölkerung die private Mietwohnung, die ihnen weniger und schlechtere Räume zu einem höheren Preise bietet, der besseren vom Arbeitgeber gebotenen Wohnung vorziehen. Wiederholt haben sich städtische Arbeiter gegen die Errichtung von Dienstwohnungen ausgesprochen, und aus guten Gründen. Jede Verquickung von Dienstvertrag und Mietvertrag gereicht den Arbeitern zum Nachteil. Nur dann, wenn ein Zusammenhang zwischen Mietvertrag und Dienstvertrag ausgeschaltet wird, wenn also die Arbeiter auch nach Auflösung ihres Dienstverhältnisses, aus welchem Grunde auch immer, bis zu dem üblichen Umzugsstermin und unter Innehaltung der üblichen Kündigungsfrist die Wohnung bewohnen dürfen, wenn das Verhältnis zur Stadt ihnen ihre gesetzlich gewährleisteten Rechte, vor allem das Koalitionsrecht und das freie Wahlrecht, nicht verkümmert, wenn die Stadt sich um das Tun und Treiben ihrer Arbeiter außerhalb des Arbeitsverhältnisses nicht kümmert und ihnen keinerlei Fesseln und Schranken über das Gesetz hinaus anlegt, nur dann könnten wir der Errichtung von Arbeiterwohnungen durch die Gemeinden zustimmen. Wenn irgendwo, so ist hier Vorzicht und Aufmerksamkeit am Platze, denn sonst könnte der heute rechtlich freie Arbeiter leicht zum Sklaven werden.“

Nach der vom kaiserlichen Statistischen Amt (Abteilung für Arbeiterstatistik) aufgenommenen Enquete gab es im Jahre 1910 in Preußen 8 Städte, welche für die Arbeiter und minderbemittelte Bevölkerung im allgemeinen, und 25, welche nur für ihre eigenen Arbeiter und Angestellten Wohnungen erbaut hatten.“

Darauf ergriffen die Kriegsknechte den verstorbenen Heiden, legten ihn über die Krippe, wo das Christkind leise weinte, rissen ihm die Kleider vom Leibe, und schlugen ihn mit Schwertern, also daß er blutete und in Nacht fiel.

Sie aber trieben ihn vor sich her, bis sie kamen, wo seine Kinder waren und weideten auf bunter Weide. Und nahmen ihm die Kinder.

Die Weiber des Mohrenkönigs aber liefen aus dem Zelt und schrien laut, wie sie sahen, daß sie die Kinder davontrieben.

Die Kriegsknechte sagten: „Du hast schöne Weiber, jung und zart wie die Pfirsiche. Her mit den Weibern, daß wir sie peitschen, die goldlosen Huren, und bei ihnen schlafen.“

Das vernahmen die Weiber und liefen davon und stürzten in einen tiefen Brunnen, wo sie ertranken. Etlliche aber wurden gefangen und gepeitscht, und sie traten die Weiber mit Füßen und buhlten mit ihnen.

Den König banden sie an einen Baum, daß er es sähe.

Des nächsten Morgens aber fesselten sie den Mohrenkönig und brachten ihn in die Wüste. Dort entblöhten sie seine Scham und hieben mit dem Schwert den Baum des Lebens.

Die Kriegsknechte aber riefen: „Was mag Dir das noch nügen, da Deine Weiber im Brunnen sind oder auf unserm Lager!“

Der König seufzte tief auf. Siehe, da erschien auf einmal der Stern, der ihn nach Betlehem geführt. Und er seufzte: „Was habe

Auf Seite 173 bis 187 ist die „spezielle Arbeiterpolitik“ behandelt. Es wird unter Zugrundelegung verschiedener Statistiken die Notwendigkeit des achtstündigen Normalarbeitstages für alle Gemeindeglieder auseinandergesetzt. Leider sieht es gerade in Deutschland mit der Dauer des Arbeitstages noch trübe aus. Die Arbeiter- und Beamtenausschüsse sind nun freilich nach unseren Erfahrungen recht problematischer Natur, solange ihnen eine wirkliche Mitbestimmung abgesprochen wird. Auch unsere sonstigen sozialpolitischen Forderungen finden eingehende Beleuchtung. Zum Koalitionsrecht sei nur ein treffender Satz wiedergegeben: „Wollen die Gemeinden sich gegen Streiks sichern, dann mögen sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllen.“ Auf Seite 183 wird das Programm unseres Verbandes im Wortlaut abgedruckt. Mögen recht viele Gemeindevertreter und kommunale Sozialpolitiker sich dessen Inhalt zu eigen machen und für die Durchführung energisch eintreten. Sie dürfen sicher sein, nicht nur die Interessen der Gemeindearbeiter wahrgenommen zu haben, sondern sie helfen gleichzeitig einer gesunden Sozialpolitik in der Kommune auf die Beine.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Genossenschaftswesen.

Konsumvereine mit Millionenumsätzen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ veröffentlicht in Nr. 48 eine Uebersicht über die Konsumvereine mit Millionenumsätzen. Danach zählt der Zentralverband deutscher Konsumvereine nach seiner letzten Statistik 63 Vereine mit Umsätzen mit mehr als einer Million Mark. Unter den dem Allgemeinen Verbands deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angeschlossenen Vereine befinden sich zwei Vereine, deren Umsätze eine Million übersteigen, während der Verband westdeutscher Konsumvereine nur zwei Genossenschaften von diesem Umfange zählt. Den größten Umsatz erzielte der Breslauer Konsumverein mit 2 1/2 Millionen Mark bei 94 000 Mitgliedern. Ihm recht nahe kommt Leipzig-Plagwitz mit 1 8/10 Millionen Mark bei 45 000 Mitgliedern. Hier ist also die Benutzung des eigenen Geschäfts durch die Mitglieder viel reger, als in Breslau. An nächster Stelle steht die Hamburger „Produktion“ mit 10 Millionen Umsatz bei 42 000 Mitgliedern. Der letzte Jahresabschluß der „Produktion“, der bei der Aufstellung der Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine noch nicht berücksichtigt werden konnte, zeigt freilich schon einen Umsatz von 13 Millionen Mark. Die vielen Verschmelzungen, die in letzter Zeit vorgenommen worden sind, werden die Zahl der Konsumvereine mit Millionenumsätzen in nächster Zeit wohl ganz außerordentlich in die Höhe schnellen lassen.

Konsumgenossenschaftliche Unterrichtskurse. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat vor einiger Zeit einen Bildungsfonds geschaffen, um mit seiner Hilfe die Fortbildung der Beamten, Angestellten und ehrenamtlich in der Konsumvereinsbewegung tätigen Leute besser fördern zu können. Es werden bezirksweise Konferenzen veranstaltet, und es wird nun auch im Januar ein

ich Euch getan, daß Ihr mich hier sterben laßt, verdurstend in der Wüste, die mein Blut färbt. O, Ihr Blinden, daß Ihr den Stern nicht sehet, der alle Menschen ruft?“

Da ergrimmten die Kriegsknechte und schrien: „Was höhnest Du, Mohr, den Stern der Christenheit. Du bist schwarz und eine minderwertige Rasse.“

Und sie verließen den König. Der aber sagte dreimal: „Ich danke euch Sternen, daß ich ein Heide bin, und schwarz.“ und verschied.

Die Kriegsknechte aber brachten dem König Herodes die frohe Botschaft, daß sie den Fürsten der Heiden besiegt und seine Kinder und Weiber mit sich genommen. Und sie fielen alle auf die Knie, freuten sich und beteten: „Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! . . .“

Ich will nur von innerstem Herzen wünschen, daß die höchsten Ziele der Arbeiterbewegung erreicht werden, ich brauche nicht zu sagen, daß veränderte Lebensbedingungen für die Arbeiter: Licht, Luft, Schönheit, genügende Ruhe, gute Löhne, Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten, eine Kulturausstattung sind. All das kann nur durch Kampf gewonnen werden. Und jeder, der diese Notwendigkeit nicht einsieht, kann nur ein mittelmäßiger Arbeiter für die Zukunft sein.
(Allen Reg.-Schweben von Wiener Arbeitern.)

regelmäßiger Bildungskursus seinen Anfang nehmen. Der Kursus wird in Arnstadt abgehalten werden und Ende Januar beginnen. Seine Dauer ist auf sechs Wochen berechnet. Unterrichtsgegenstände sind Buchführung, Rechtskunde, Warenkunde, genossenschaftliche Propaganda, Genossenschaftsliteratur, Geschichte und Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, Rationalökonomie und Sozialwissenschaft, Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, genossenschaftliches Vorkommen, genossenschaftliches Versicherungsweisen sowie Kunst und Technik des Vortrages. Die Teilnehmer erhalten Entschädigungen, deren Höhe sich danach richtet, ob die Teilnehmer gezwungen sind, in Arnstadt Wohnung zu nehmen, und ob sie einen Verlust an Arbeitsverdienst erleiden. Zwei weitere Kurse sind bereits in Vorbereitung begriffen.

• Notizen für Gasarbeiter •

Charlottenburg. Auf ein 50jähriges Bestehen können die hiesigen Gaswerke zurückblicken. Die erste Anregung zur Errichtung einer Gasanstalt erfolgte bereits im Jahre 1852, aber noch fast ein Jahrzehnt verging, bis der Plan zur Ausführung gelangte, da die Rentabilität des Unternehmens fast überall großem Zweifel begegnete. Die Zustände der öffentlichen Beleuchtung in Charlottenburg waren in den 50er Jahren keineswegs erfreuliche: 1853 zählte Charlottenburg rund 10.000 Einwohner, aber keine der Straßen war mit künstlicher Beleuchtung versehen. Dem Mahnen und Drängen der Regierung, auf den Hauptstraßen wenigstens einige Cellaternen aufzustellen, begegnete der Magistrat unter Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt und die große Schuldenlast stets mit einem „non possumus“ (Weigerungsformel). Endlich in der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Mai 1855 wurde beschlossen, von der Beleuchtung mit Gas gänzlich abzusehen und eine eigene Gasanstalt auf eigene Kosten zu erbauen. Am 15. Dezember 1861 wurde die Gasanstalt eröffnet. Infolge der überaus schnellen Zunahme des Gasverbrauchs wurden sehr bald Erweiterungsarbeiten notwendig und bald genügte die erste Gasanstalt nicht mehr und eine zweite größere mit den modernsten Konstruktionen versehene Gasanstalt wurde Ende der 80er Jahre errichtet und am 15. Dezember 1891 — am 30. Jahrestage nach Errichtung der Gasanstalt I — eröffnet. Die geradezu glänzende Entwicklung der Charlottenburger Gaswerke hat zur Genüge gezeigt, wie grundlos die Befürchtungen bezüglich der Rentabilität des Unternehmens waren: Im Gründungsjahre 1861/62: 205 835 Kubikmeter — 1910: 65 222 170 Kubikmeter Gasverbrauch, diese beiden Zahlen sind die Maßstäbe der Entwicklung. Und dementsprechend stieg der finanzielle Ertrag der Gaswerke. Im Jahre 1871 bezifferte sich der Reingewinn einschließlich der Kosten für öffentliche Beleuchtung auf 9186 Mk., 1910 dagegen auf über 3 Millionen Mark — ein gewaltiger Faktor im Etat der Stadt. Aus Anlaß des Jubiläums ist vom Magistrat eine hübsch mit zahlreichen Abbildungen, Plänen und graphischen Darstellungen ausgestattete Festschrift herausgegeben, die den Werdegang, die Entwicklung der Gaswerke schildert.

• Aus den Stadtparlamenten •

Salle a. S. In der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Dezember kamen unsere Vornehmung und der Feuerungszulagenantrag zur Verhandlung. Stadt. Vorges. (Sez.) führte dazu u. a. folgendes aus: Der Petitionsausschuß will die Eingabe auf Feuerungszulage dem Magistrat nur zur Verurteilung überweisen. Solche Feuerungszulagen sind nur zweckmäßig, wenn man sie wiederholt. Und da ist es schon besser, daß man — wenn nötig — reguläre Lohnzulagen gewährt. Bei der Untersuchung der Lage der Arbeiter hat sich gezeigt, daß es ein Mangel ist, daß wir keine Arbeitsordnungen und Lohnlisten haben, aus denen man Genaueres über den Lohn der Arbeiter erhält. In über 50 Städten hat man solche Ordnungen; sie müssen auch hier eingeführt werden. Die neueren Zahlen des Magistrats zeigen jedoch zur Genüge die Unzulänglichkeit der bisherigen Arbeiterlöhne. Es verdienen am Wasserwerk 36 Arbeiter 21 Mk. Wochenlohn, bei der Straßenreinigung 117 Arbeiter nur 20,50 Mk., beim Bauamt 61 Arbeiter 22,50 Mk. Auf dem Schlachthof erhält die Hälfte der Arbeiter unter 21,00 Mk. Wochenlohn; ähnlich steht es in der Gärtnerei, wo nur 34 Pf. Stundenlohn für die meisten Arbeiter gezahlt werden. Diese Angaben des Magistrats bestätigen völlig das, was das städtische Amt ermittelt hat. Die große Masse der städtischen Arbeiter erhält also Löhne von 36 Pf. die Stunde. Private Unternehmer zahlen selbst für einfache Erdarbeiter 40 Pf. Mindeststundenlohn. Da muß die Stadt ihren Arbeitern zusehen. Redner bewies dann, wie Salle hinter allen gleich großen Städten in der Lohnhöhe seiner Arbeiter zurücksteht. Nur im Elektrizitätswerk kann die Lohnhöhe sich mit der anderer Städte vergleichen. Ich erlaube, die Petition der Arbeiter dem Magistrat zur Verurteilung und den Antrag auf Feuerungszulage als Material zu überreichen. — Diese Ausführungen wurden durch den Stadt. F. h. l. e. (Sez.) noch ergänzt. Stadt. A. h. m. e. (Sez.) betonte, daß die meisten Arbeiter nur 22 Mk. Wochenlohn haben. Er rechnete aus, daß dabei nur 15 Mk.

für Lebensmittel bleiben. Für drei Kinder brauche die Familie, berechnet nach den Sätzen der Armenverwaltung, 7,50 Mk. Lebensunterhalt pro Woche. Da bleibe für die beiden Erwachsenen noch 7,50 Mk. übrig. Das sei der Satz, den die Armenverwaltung für zwei Erwerbsunfähige zahle. Und hier sollten arbeitende Personen damit auskommen. Da müsse dann, um etwas besser satt zu werden, überall gespart werden, und natürlich vorwiegend an der Wohnungsmiete. Mäher und alle Hinterhäuser würden bezogen und dann komme die Wohnungsinspektion und stelle fest, wie unglaublich schlecht die Arbeiter wohnen. Es sei nötig, bei diesen Schilderungen des Wohnungselends auch gleich anzugeben, wieviel die Leute verdienen, da werde sich zeigen, daß die Arbeiter keine bessere Wohnung bezahlen könnten, daß also die schlechten Löhne schuld an dem Wohnungselend sind. Und wenn man bedenke, daß sehr oft, um notwendige Ausstattungen zu machen, die Ernährung der Kinder herabgedrückt werden müsse, denn brauche man sich nicht mehr zu wundern, wenn der Stadtrat tausende viele bleichsichtige und schwindsichtige Kinder herausbringe und die Armenverwaltung überall helfen müsse. Mit 22 Mk. Wochenlohn könne eben heutzutage kein Mann seine Familie ernähren. Redner wandte sich noch dagegen, daß die Rente und die Familienversorgung vererbender städtischer Arbeiter als Grund gegen die Zulagen angeführt werden. Was später einmal gewahrt werde, müsse dem Arbeiter in der jetzigen Not nichts. Er erlaube um Verurteilung der Arbeiterpetitionen. — Diese Ausführungen geheißen dem Stadtmagister Anabe ganz und gar nicht. Er meinte: Wenn ich Herrn Anabe höre, so scheint es, als ginge es den Arbeitern in Halle so sehr schlecht. . . (Stürmische Aufst. Geh's ihnen auch! Es geht ihnen auch schlecht!) Anabe fortsetzend: Hören Sie mich doch an. Ich weiß, daß die Güter heute unglaublich verteilt sind. Aber nach den Messungen müßte man glauben, daß die Arbeiter hier so schlecht gestellt seien, daß sie am liebsten alle davonlaufen. Anabe rechnete nun vor, wie lange die Arbeiter zum Teil schon bei der Stadt tätig sind und erklärte dann, daß diese dauernd beschäftigten Arbeiter nicht mit Forderungen kämen. Die Fremden, die Zugewanderten, hätten nur alles aufgewacht. Weiter sei und die Petitionen veranlaßt. Der Herr vertrat schließlich noch die Ansicht, daß andere Städte nicht zu Vergleichs herangezogen werden dürften und daß im übrigen die Autoritäten der Werke schon das nötige von selbst zulegen und zulegen hätten. Nachdem die Stadtverordneten Thiele, Sommer und Wener die Ausführungen des Herrn Anabe mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen, wies sich der Herr ins Zeug, um zu erklären: Die Anlage, daß die Löhne der hiesigen Arbeiter unter aller Würde seien, ist nicht richtig. Wenn hier niedrige Löhne von 31 Pf. und ähnlich aufgeführt sind, so wird dabei vergessen, daß es sich zumeist um jugendliche Arbeiter handelt oder um alte, oft über 70 Jahre alte Arbeiter. Feuerungsbedürftig sind die Verhältnisse, wir werden mit allem Ernst darangehen, Abhilfe zu schaffen. Dann charakterisierte er die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit folgendermaßen: Da verdient eine aufwändige Ercheinung aufzuweisen zu werden: Das Kollegium überweist dem Magistrat solche Petitionen auf Einführung von Lohnlisten, Arbeiterauschüssen usw. zur Verurteilung; der Magistrat gibt sie den Deputationen, und nach einiger Zeit kommt dann von diesen Verwaltungsorganen der Beschluß auf Ablehnung. Und dabei haben die Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums in den Deputationen oder Kuratorien die Majorität. Es ergibt sich also die Tatsache, daß eine Petition, die im Stadtverordnetenkollegium bei der öffentlichen Verhandlung lauten Interesse begegnet, von den Stadtverordneten bei den ungeschickten Beratungen in den Jellen, von der Öffentlichkeit abgeschlossenen Deputationen abgelehnt wird. Was soll denn der Magistrat nun machen? — Einige weitere Redner wandten sich hauptsächlich gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Als dann wurde beschlossen, die Eingabe der hiesigen Arbeiter dem Magistrat zur Verurteilung und den Antrag auf Feuerungszulagen als Material zu überreichen. — Öffentlich brauchen die Kollegen nicht allzulange auf Zulagen zu warten. Diese Debatte hat aber auch gezeigt, wo die Arbeiterfreunde im Rathaus zu finden sind. Unsere Kollegen werden sich das für zukünftige Stadtverordnetenwahlen merken.

Viernitz. (Feuerungszulage.) Die städtischen Gas-, Wasser- und Kanalarbeiter sollen laut Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung um 2 Pf. pro Stunde aufgeschüttet und dementsprechend auch die Arbeiter der übrigen städtischen Verwaltungs zweige besser gestellt werden.

Hofst. (Feuerungszulage.) Die Bürgervertretung hatte den Rat am 1. Dezember dringend ersucht, ihrem Antrage, auch den städtischen Arbeitern eine Feuerungszulage zu gewähren, zu entsprechen. Hiermit beschäftigte sich eine Ratssvorlage, die in nicht-öffentlicher Sitzung der Bürgervertretung zur Verhandlung gelangte. Die Bürgervertretung nahm diese Vorlage an. In ihr wird folgendes bestimmt: 1. Die Stadt zahlt allen Personen, ohne daß diese Personen Beamtenqualität besitzen, und die in der Zeit vom 1. November 1911 bis 31. März 1912 beschäftigt sind, für jeden Arbeitstag in dieser Zeit eine Zulage von 25 Pf. an ihrem Verdienst. 2. Voraussetzung für die Gewährung dieser Zulage ist: a) daß der Arbeitsverdienst 5 Mk. täglich nicht übersteigt und daß die Personen während der berechneten Zeit durchschnittlich mindestens

7 Stunden täglich für die Stadt beschäftigt sind; b) daß die Person entweder verheiratet ist oder als Witwer noch für Kinder bis zu 15 Jahren zu sorgen hat. Wenn unter 2. Aufgeführte Ehemann und Ehefrau sind, die beide Anspruch auf die Zulage haben würden, so wird sie nur einmal, und zwar dem Ehemann ausbezahlt. — Dank der Mithilfe unserer Aostöder Kollegen, die kürzlich dazu Stellung nahmen, ist nun doch noch etwas herausgesprungen.

Treptow. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Bewilligung von Feuerungszulagen an Angestellte und Arbeiter der Gemeinde, analog dem Vorgehen der Groß-Berliner Gemeinden. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten den Antrag gestellt, allen in der Gemeindeverwaltung beschäftigten Beamten und Arbeitern eine einmalige Zulage von 40 Mk. zu gewähren. Die Versammlung bewilligte den Angestellten und Arbeitern mit einem eigenen Hausstande eine einmalige Feuerungszulage von 20 Mk. bei einem Kinde, 30 Mk. bei zwei und 40 Mk. bei drei Kindern. Die erforderlichen Mittel betragen circa 2000 Mark.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Wormen. Die sonderlichsten Blüten hat hier wieder einmal die christliche Gewerkschaftserziehung gezeitigt. Die Manalarbeiter haben sich beim Raurat Köhler die Erlaubnis erwirkt, daß sie ihre Betriebsbesprechungen an der im Depot befindlichen Tafel bekannt machen dürfen. Hierdurch werden alle Arbeiter, auch die paar christlichorganisierten, von den von uns einberufenen Versammlungen in Kenntnis gesetzt. In letzter Zeit wurde nun für die Manalarbeiter eine Betriebsordnung herausgegeben. Ein Kollege erbat sich die Erlaubnis, die Betriebsordnung abhängen zu dürfen, damit auch der Ehemann des Arbeiterauschusses, der zufällig krank war, von den Satzungen Kenntnis nehmen konnte. Es muß hier eingeschoben werden, daß gegen neue Bestimmungen innerhalb der ersten 14 Tage, nach Erscheinen, Einspruch erhoben werden muß, wenn die Arbeiter etwas dagegen einzuwenden haben. Einige Kollegen haben sich mit dem Ehemann die Satzungen durch und glaubten einige Paragraphen beanstanden zu müssen. Um eine Verständigung zu erzielen, wurde eine Betriebsbesprechung einberufen, an welcher auch unser Filialvorsitzender teilnehmen sollte. Dieser selbst war schon mehrere Jahre in städtischen Arbeiterauschüssen tätig und konnte deshalb den Kollegen, die sich noch nicht lange eines Arbeiterauschusses erfreuen, manchen Fingerzeig geben, wie sie sich der Betriebsleitung gegenüber zu verhalten hatten. Ferner sind die Manalarbeiter zum größten Teil in unserem Verband organisiert, weshalb es schon Pflicht unseres Vorsitzenden war, an der Besprechung teilzunehmen. Die in der Besprechung erschienenen Christen dachten über die Sache aber anders und verlangten, daß der Vorsitzende das Lokal verlassen sollte, weil dieser nicht im Manalbetrieb beschäftigt ist. Um Reibereien zu vermeiden, verließ unser Kollege das Zimmer und mit ihm gingen selbstverständlich auch unsere übrigen Mitglieder, und mit diesen auch der von ihnen gemachte Antrag der Paragraphen, die beanstandet werden sollten. Nun sahen die Christen da und sahen die Wände an, denn sie hatten in der Sache gar nichts unternommen und hatten somit auch kein Material, um irgendeine Verantwortung herbeizuführen. Unsere Mitglieder dagegen verständigten sich mit dem Vorsitzenden und reichten dann ihre Wünsche zu der Betriebsordnung ein. Wer nun geglaubt hat, die Christenjünglinge hätten an der einen Dummheit genug, der irt gewaltig. Die Leute hatten das Bedürfnis, sich noch weiter zu blamieren. So ließen sie denn durch ihren Stammmeister einen Bericht an den Stadthauptrichter schreiben, in welchem sie sich als christlichorganisierte Arbeiter betonen und sich darüber beschwerten, daß die freigeordneten Arbeiter betriebsfremde Arbeiter mit in die Betriebsbesprechung hinzugezogen haben. Döher geht es wohl nicht. Was geht es die Stadtverwaltung an, was die Arbeiter in ihrer Betriebsbesprechung machen und wen sie daran teilnehmen lassen. Und wäre die Besprechung selbst nur für die Arbeiterauschussmitglieder bestimmt gewesen, könnte es ihnen niemand verwehren, wenn der Gewerkschaftsvertreter zugewiesen war. Und ist es in den christlichen Gewerkschaften etwa anders? Nein, im Gegenteil, auch dort nehmen die Gewerkschaftsvertreter oder die Filialvorsitzenden an den jeweiligen Betriebsbesprechungen teil. Es ist das etwas ganz Selbstverständliches. Die Sache soll nun bis zum Oberbürgermeister gemeldet werden. Man muß sich doch fragen, warum eine so große Aktion, die auslaufen muß, wie das Kornberger Schießen. Offenlich erteilt die Stadtverwaltung den „baldigen Christen“ die wohlverdiente Antwort. Den christlichen Gewerkschaftlern am Wormer Manalbetrieb wäre nur zu raten, sich darum zu kümmern, warum sie eigentlich organisiert sind. Offenlich bleiben sie dann von solchen Dummheiten verschont. Den Leuten sei noch folgendes ins Stammbuch geschrieben: „Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“

Leipzig. Unsere Kollegen nahmen am 8. Dezember d. J. Stellung zu den vom Rat und den Stadtverordneten gewährten Feuerungszulagen. Die Art und Weise, wie diese Zulagen ver-

teilt worden sind, hat viel Unzufriedenheit erregt. Die Meinung der Versammelten über diese Art stadtträtlicher Sozialpolitik drückte sich in nachstehender, einstimmig angenommener Resolution aus: „Die am 8. Dezember 1911 verammelten Gemeindegewerkschaften betrachten die Feuerungszulage in der vom Rat gewählten Form als eine soziale Ungerechtigkeit, da die Ledigen und die Verheirateten, die noch fortbildungspflichtige Kinder zu ernähren haben, dabei vollständig leer ausgehen. Sie bedauern diese Maßregel um so mehr, als es sich hierbei um einen erheblichen Teil im Dienste ergrauter Kollegen handelt. Auch der Ausschluß unehelicher Kinder von verheirateten städtischen Arbeitern bedeutet mehr als eine soziale Rücksichtslosigkeit. Richtiger wäre es gewesen, wenn unsere Forderungen, bei denen alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen berücksichtigt waren, bewilligt worden wären. Die Versammlung hält deshalb an ihren bisher geltenden Forderungen zur Erhöhung der regulären Löhne nach wie vor fest.“

Moblenz. Eine herrliche Residenz, wunderschön gelegen, umgeben von Bergen und Tälern, Burgen und Schlössern, Ruinen und Denkmälern, wo Rhein und Mosel sich vereinigen, von Fremden das ganze Jahr besucht, ist Moblenz die romantischste Gegend. Wenn man sich aber die Verhältnisse der städtischen Arbeiter ansieht, so sieht die Sache weniger romantisch aus. In einer so schönen und teuren Stadt wäre es wirklich an der Zeit, einmal die Löhne der städtischen Arbeiter zu revidieren und aufzubessern. Haben wir doch bei zehnstündiger Arbeitszeit Löhne von 2,50 Mk., 3 Mk., 3,30 Mk., 3,60 Mk. bis 4 Mk., die letzteren nur vereinzelt. Familien mit 5 bis 9 Kindern, wohnen in einer dumpfigen Wohnung von 1 und 2, höchstens 3 Zimmern, und ist es nicht selten, daß ein großer Teil in einem Zimmer zusammenzuschlafen. Ja, wer kann sich bei einem solchen tagen Lohn auch eine schöne und teure Wohnung erlauben? Die Lebenshaltung der meisten städtischen Arbeiter ist eine so dürftige, daß sie mit ihren Familien ständig an Unterernährung leiden. In den meisten Wohnungen fehlt es an Raum, Licht und Luft. Hier müßten die Stadtverordneten durch eine bessere Entlohnung der städtischen Arbeiter helfend eingreifen. Das haben sie auch eingesehen und in der Novemberbesprechung beschlossen, an die verheirateten Arbeiter eine Feuerungszulage von 0,40 Mk. pro Tag und für die unverheirateten eine solche von 0,20 Mark pro Tag zu bewilligen, und zwar vom 15. November 1911 bis 31. März 1912. Bei diesem schlechten Lohn ist das aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Doch die soziale Rücksichtslosigkeit liegt nicht allein an den Stadtverordneten, sondern an den Arbeitern selbst! Diese legen zum Teil eine große Vagartigkeit und Gleichgültigkeit an den Tag, das ist unbegreiflich; denn das Sprichwort sagt: „Wo keine Kläger sind, sind auch keine Richter.“ Nun haben verschiedene Kollegen eingesehen, daß der einzelne machtlos ist, und haben daher eine Filial: gegründet. Die Kollegen sahen den Beschluß, am 2. Dezember eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Kollege Marole referierte über: „Die gegenwärtig gewährte Feuerungszulage und soll dieselbe auch für den Sommer bestehen bleiben?“ Der Referent zog die ungewöhnliche Preissteigerung der Lebensmittel in Erwägung und forderte gefolgsames Zusammenarbeiten in der Organisation. Kollege Marole beleuchtete auch die Lohnbewegung der Arbeiter der Gas- und Wasserwerke. Es muß auch in Moblenz gelingen, bessere Zustände zu schaffen, Mißstände zu beseitigen und den Gas- und Wasserwerksarbeitern den Lohn so in die Höhe zu bringen, daß sie sich den größeren Städten ebenbürtig an die Seite stellen können. — In der Diskussion wurde das Verhalten einiger Vorgesetzten ins rechte Licht gerückt. Nun, ihr Moblenzer städtischen Arbeiter, wollt ihr eure Lebenslage verbessern, so tretet der Organisation bei, fällt die letzten Läden aus bei dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, denn gerüstet sein, ist alles!

Remel. Unsere im äußersten Nordosten Deutschlands gelegene Stadt ist durch ihren bedeutenden Holzhandel bekannt. Der Organisationsgedanke hat hier mit Ausnahme von Wönitzberg leichter Eingang gefunden als in anderen Städten Ostpreußens. Die in den Fabriken, in den Sägemühlen und am Hafen tätigen Arbeiter gehören zum größten Teil den freien Gewerkschaften an. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß die Arbeiterlöhne in Remel nicht die schlechtesten sind. Eine Ausnahme davon machen die städtischen Regearbeiter. Hier hat bisher die Organisation gefehlt und somit sind auch die Löhne geringer. Die Arbeitszeit ist viel zu lang, dabei finden so gut wie keine geregelten Frühstücks- und Rastpausen statt. Darunter müssen die davon betroffenen Arbeiter stark leiden. Fünf und mehr Stunden ohne jedwede Unterbrechung die schweren Arbeiten verrichten zu lassen, zeugt von einer großen Rücksichtslosigkeit. Hier müssen die Arbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation recht schnell Abhilfe schaffen. Ein weiterer Anlauf sind die vielen Überstunden, für die nicht einmal höhere Bezahlung eintritt. Sommerurlaub, Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage Michaelis, Weihnachten und Waisenerverorgung, sind den Remeler Gemeindegewerkschaften noch ganz unbekannte Dinge. Ein recht eifriges Streben ist, daß zugleich mit dem Eintritt der städtischen Arbeiter in unsere Organisation es auch der Arbeiterpartei gelungen ist, drei Mandate zum Stadtparlament zu erobern.

So werden die Arbeiter bei ihren Eingaben auf Unterstützung von Männern aus dem Volke rechnen können. Der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium werden sich bald mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben beschäftigen müssen, denn die Arbeiter und Handwerker drängen darauf. Bei den paar Mann, die die Stadt beschäftigt, findet man die verschiedensten Lohnhöhen. So erhalten Stundenlöhne die Schlosser 81 bis 44 Pf., die Helfer 30 bis 32 Pf., die Metortenarbeiter 30 bis 83 Pf., Ammonialarbeiter 37½ Pf., die Wassergasarbeiter 34 Pf., Gasarbeiter 30 bis 35 Pf., Meschwärter 30 bis 34 Pf., und die Maschinisten 34 bis 35 Pf. Werden die gezahlten Löhne mit den verlangten Leistungen verglichen, dann muß uns jeder Mensch recht geben, daß die Löhne heraufgesetzt und die Leistungen herabgemindert werden müssen, sollen nicht die beschäftigten Arbeiter an ihrer Gesundheit dauernden Schäden nehmen. Die Arbeitszeit von 12 Stunden für Betriebsarbeiter ist viel zu lang. Hier muß Nemele den anderen deutschen Städten folgen und die Arbeitszeit durchzuführen. Gerade in den kleinen und alten Gaswerken wird die größte Anforderung an die leibliche und geistige Kraft der Arbeiter gestellt und die Arbeitskraft recht schnell verbraucht. Wie weit man den gerechten Forderungen der Arbeiter nachkommt, das wird nicht zuletzt von den natürlichen Vertrieben Nemeles beschäftigten Handwerkern und Arbeitern selbst abhängen. Sie brauchen nur ihre Organisation so auszubauen, wie die Arbeitsbrüder in den Privatbetrieben getan haben, dann wird man im Rathaus ihre Wünsche viel eher respektieren. Die Organisation wird ihnen gern den Weg weisen und auch jede erforderliche Unterstützung leisten, sie brauchen nur die dargebotene Hand zu ergreifen und geschloffen für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen. Darum, Kollegen Nemele, schließt Euch vollzählig Eurer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, an!

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Streik in der Berliner Damenkonfektion ist nun gleichfalls beendet. In der Versammlung der Streikenden vom 13. Dezember gab der Vorsitzende der Reiter Bericht über die Lage. „Die Vorbereitung mit dem Vorsitzenden des Eingangsamtes mußte eigenmächtig verlaufen, da man es auf Seiten der Streikenden nicht für zweckmäßig erachtete, eine Einigung mit den Konfektionären und dem gelben Meisterverband anzutreiben und auf andere Weise Verhandlungen ausgeschlossen erschienen. Die Versammlung der Arbeitswilligen am Montag war, erklärte der Redner, zum großen Teile von Leuten besucht, die mit den Konfektionären gar nicht in dauernder Geschäftsverbindung stehen und nur vorübergehend in der Konfektion arbeiten. Infolge des Vorgehens jener Leute war es nicht möglich, den Kampf jetzt zu einem guten Ende zu führen. Deshalb sind die vereinigten Kommissionen zu dem Entschluß gekommen, den Kampf als ergebnislos abzubrechen, und zwar ohne irgendwelchen Anspruch auf die Almosen zu erheben, die die Konfektionäre jetzt vielleicht zu geben bereit sind, oder mit dem gelben Verband vereinbaren. Wir wollen den ganzen Kampf vorläufig als ein Mißgeburtskind betrachten und ihn zur gegebenen Zeit wieder aufnehmen.“ Im gleichen Sinne äußerten sich Nünze vom Schneiderverband sowie Kräkel vom Beinhalt der Gewerkschaften. Eine Resolution, die dem Abbruch des Streiks zustimmt und in der ausgedrückt wird, daß in der Berliner Damenkonfektion erst dann Frieden eintreten wird, wenn ein Tarif eingeführt ist, fand einstimmige Annahme.

• Internationale Rundschau •

Ein Streit der New Yorker Straßenreiniger. Kollege Sidmann schreibt uns aus Amerika: In der Millionenstadt New York streifen jetzt etwa 4000 Straßenreiniger. In New York schon in normalen Umständen unsäuerlich, so wird dies während des Streiks nur noch schlimmer. Berge von Unrat und Müll türmen sich auf den Straßen auf. Die Ausdünstungen verursachen einen üblen Geruch und bilden eine gesundheitliche Gefahr für die Bewohner. Besonders in der engen, dichtbevölkerten Gasse der Stadt. Streikbrecher waren im Anfang wenig zu bekommen, später fanden sich solche mehr. Trotz alledem geschieht nur das Notwendigste in der Reinigung der Straßen. Die Ursache des Streiks ist, daß sich die Müllräumer weigern, die seit Frühjahr dieses Jahres eingeführte Nacharbeit unter den bisherigen Umständen auszuführen. Sie verlangen die Festlegung eines zweiten Mannes, der die Arbeit erleichtert, oder die frühere Tagesarbeit. Das ist der einzige Grund. Die Verwaltung ließ sich auf keinerlei Verhandlungen ein und so griffen die Müllräumer am 9. November dieses Jahres zu dem letzten Mittel, zum Streik. Um jedoch die Stadt durch ihren Streik nicht in gesundheitliche Schäden zu bringen, erklärten sie sich bereit, wie früher am Tage zu arbeiten. Obwohl die nächtliche Reinigung der Straßen einer Gesellschaft keine Vorzüge hat, darf man nicht vergessen, daß in New York infolge der Nähe des Ozeans die

Winternächte fürchterlich kalt sind und demgemäß nächtliche Reinigung sehr anstrengend ist. Doch die Stadt zeigte sich zu keinen Zugeständnissen bereit. Entweder bei Nacht, ohne zweiten Mann, arbeiten, oder aber ihr seid entlassen. Den Müllräumern schloffen sich später auch die Straßenkehrer an, so daß jetzt an 4000 streiken. Während des Streiks zeigte sich die Demokratie des Herrn Bürgermeisters Gannor im besten Lichte. 5000 Schulkinder, also gewissermaßen Kollegen der Streikenden, wurden aufgerufen, um die lieben Streikbrecher zu beschützen. Jede Verhandlung wurde abgelehnt. „Ihr seid entlassen, an Wiedereinstellung ist nicht zu denken“, jagte Gannor, der mit unter den Präsidentenandidaten genannt wird. Doch die Streikenden sind hoffnungsvoll und wollen bis zum Letzten ausbarren. Die Sympathien des Publikums sind trotz der mit dem Streik verbundenen Unannehmlichkeiten auf Seiten der Ausständigen. Mehrmals haben die Einwohner die Narren der Streikbrecher umgeschmissen, die Pferde ausgeschickt, den Streikbrechern selbst aber einen fühlbaren Beweis ihrer Meinung über sie gegeben. Als man das starke Schutzmannsaufgebot gewährte, kam es mehrmals zu Unruhen. So meliet zum Beispiel ein Kolaborant:

„Eine Menge von etwa 500 Erwachsenen und 1000 Kindern folgte johlend und höhndend den Streikbrechern durch die Straßen der Westseite, und als eine Kolonne der neuen Müllfahrer mit einer Handvoll Polizisten durch die 10. Avenue, zwischen 18. und 19. Straße, zog, hagelte es Flegelsteine und andere Wurfgeschosse von Dächern der Nachbarschaft. Die Polizisten zogen ihre Revolver und erklärten laut, das nächste Wurfgeschoss werde mit Kugeln beantwortet werden.“

Gemein benimmt sich die bürgerliche Presse. Da die Streikenden ihre Bereitwilligkeit erklären, die Stadt vor Gefahren zu behüten, indem sie am Tage arbeiten wollten, war den Zeitungen ja alle Gelegenheit, von „Revolütär“ zu sprechen, genommen. Aber sie suchte etwas anderes. Sie behaupten nämlich, in der Trinkgelderfrage sei der Grund des Streiks zu suchen. Am Tage hätten sie hier und da ein Trinkgeld bekommen, nachts sei aber niemand da, den die Arbeiter um Trinkgeld angehen könnten. In demokratischen Plätzen stand das natürlich, und demokratisch ist die Stadtregierung von New York, und demokratisch stimmten am 7. November alle die jetzt Streikenden; aber nicht sozialdemokratisch. Offiziell lernen die New Yorker Straßenreiniger aus diesem Streik etwas. Die Streikbrecher arbeiten nun doch am Tage und erhalten 3 bis 3½ Dollar, während vorher nur 2 bis 3 Dollar gezahlt wurde. Die Solidarität der Stadtregierung wird den Einwohnern ein hübsches Bild zeigen. Aber danach fragt man bei solchen Gelegenheiten nicht. Hoffen wir, daß der Geist unter den streikenden organisierten amerikanischen Kollegen etwas freier wird, daß man sich in normalen Zeiten weniger mit Pöbel und Voren beschäftigt, sondern auch der politischen Konstellation der Stadtregierung etwas Beachtung schenkt, dann wird bei späteren Lohnbewegungen über eine andere Sprache geführt. Die jetzige Behandlung ist die eigene Schuld der Streikenden. (Zwischen ist der Streik zugunsten unserer Kollegen beendet. D. K.)

Nieder mit dem Koalitionsrecht! Den industriellen Scharf-

• Rundschau •

modern, den Dörren um Puch und Genossen, ist großes Weil widerfahren. Diesen Leuten, die die Zertrümmerung der Gewerkschaften auf ihre Fahne geschrieben haben, will die sächsische Regierung, in diesem Streben entgegenkommen. Die zweite sächsische Kammer verhandelte am 11. Dezember über einen konservativen Antrag, der die Regierung veranlassen sollte, im Bundesrat für eine Verhinderung der Streikbestimmungen gegen Streikende, oder wie man sich ausdrückt, gegen den „Terrorismus“ der modernen Gewerkschaften Sorge zu tragen. Und da die Nationalliberalen auch mit dabei sein wollten, brachten sie nachträglich eine Interpellation ein, die den gleichen Zweck verfolgte. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte den Streik ab und fragte die Regierung: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter in Sachsen sicherzustellen?“ Die bürgerlichen Parteien waren nämlich in Verlegenheit, mit einwandfreiem Tatsachenmaterial ihr Vorhaben zu rechtfertigen. Sehr bald ergaben sich die von ihnen angeführten wenigen Einzelfälle als Schwundel, der längst als solcher durch Gerichtsurteile oder Richtigstellungen nachgewiesen ist. Bemerkenswert ist, daß auch der Redner der Freisinnigen in die Karte der Scharfmacher blickt. Konservative und Nationalliberalen waren selbstverständlich in ihren Absichten ein Herz und eine Seele. Der Münsterer Rhythum v. Ed. stadt aber dachte wie Thomas: „Ich sei, gewährt mir die Witte, in eurem Punde der Dritte!“ Denn er gab die klare und unzweideutige Erklärung ab, daß die sächsische Regierung dem konservativen Antrag entspreche und bei der Reichsregierung einen größeren Schutz der Arbeitswilligen beizubringen werde. Die im Streikgesetzentwurf angelegte Koalitionsbeschränkung geht diesen Verdrähten noch nicht weit genug. Also v o l l s t ä n d i g e Verbindung der Gewerkschaften ist ihre Devise. Mit einem wahren Freudenbeuge ist die Erklärung des Grafen Rhythum in allen Scharfmacherblättern aufgenommen, und damit auch das Zentrum

diesen reaktionären Plänen nicht fernbleibe, wird es von der „Kreuzzeitung“ in folgender Weise angeführt: „Von der Zentrums-Partei wird man hoffen dürfen, daß sie sich nicht grundsätzlich ablehnend dagegen verhalten wird, da die christlichen Gewerkschaften am meisten unter den sozialdemokratischen Drangsalierungen leiden.“ Worauf die „Germania“ antwortet, daß die Regelung des „Arbeitswilligen“ schwebt der Sondergesetzgebung überlassen bleiben müsse. Also auch sie wünscht eine neue Zuchtanstalt. — Wahrlich, eine ärgere Probotation der deutschen Arbeiterschaft angesichts der vor der Tür stehenden Reichstagswahlen ist noch nicht dagewesen.

Frauen- und Kinderarbeit in der Industrie im Jahre 1910. In dem jüngst erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches werden die Ziffern über die Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Fabrikbetrieben und den der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Anlagen im Jahre 1910 veröffentlicht. Die Zahl der Fabriken, die weibliche erwachsene Arbeiter beschäftigen, ist demnach gegen das Vorjahr von 88 889 auf 93 133, die der jugendlichen Arbeiter und Kinder beschäftigten von 95 304 auf 104 172 hinaufgegangen. Stellen wir die Ziffern der Beschäftigten mit denen der Vorjahre zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Beschäftigte	1908	1909	1910	Zunahme 1908-1910 in Proz.
Arbeiterinnen 16-24 Jahre alt	450 887	462 976	489 120	8,5
über 21	699 146	727 265	770 336	10,2
Erwachsene Arbeiterinnen aus:	1 150 033	1 190 241	1 259 456	9,5
Junge Leute von 14-16 Jahren:				
männlich	288 597	290 277	309 076	7,1
weiblich	150 658	156 263	167 225	11,0
zusammen	440 255	446 540	476 301	8,2
Kinder unter 14 Jahren:				
männlich	6 577	6 169	7 014	5,0
weiblich	5 385	5 376	5 856	8,7
zusammen	12 062	11 545	12 870	6,7

Über 1½ Millionen erwachsener Fabrikarbeiterinnen waren also im letzten Jahre in deutschen Fabriken und Bergwerken beschäftigt! Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der über 21 Jahre alten Arbeiterinnen rascher zunimmt, als die der 16 bis 21 Jahre alten, woraus sich schließen läßt, daß auch immer mehr verheiratete Frauen sich der Fabrikarbeit zuwenden müssen. Unter den jugendlichen Arbeitern hat das weibliche Element sich härter vermehrt als das männliche, gleichfalls ein Beweis für die wachsende Hineinbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit. Endlich stellt der Bericht noch 12 870, trotz des Kinderstängels in Fabriken und Bergwerken beschäftigte Kinder unter 14 Jahren fest. Dabei ist die Zahl dieser unglücklichen Kinder sogar in der Zunahme begriffen. Die meisten Kinder — 31,2 Proz. aller — beschäftigt natürlich die Textilindustrie. Weitere 11,2 Proz. sind in der Bekleidungsindustrie tätig, 10,8 Proz. in der Metallverarbeitung, 9,2 Proz. in der Industrie der Steine und Erden, 8,7 Proz. in der Maschinen-, und 8,4 Proz. in der Nahrungsmittelindustrie. Aber selbst in so ungeeigneten Gewerben wie dem Bau- und Bergbau sind immer noch 230 und im Bergbau 150 Kinder, darunter 20 Mädchen, tätig. Die Menschen- und Kulturschändlichkeit des Kapitalismus dokumentiert sich am jähesten in den die Fabrikarbeit der Kinder widerspiegelnden Zahlen.

Zum Koalitionsrecht der Angestellten teilt die „Arbeitgeberzeitung“ mit: „Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller achtet das Koalitionsrecht der Angestellten um so mehr, als er es auch für seine Mitglieder in Anspruch nimmt. Die Industriellen haben lange Jahre mit den Mitgliedern der Beamtenverbände in einem durchaus guten, auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Einvernehmen gestanden. Dies gute Verhältnis besteht zum größten Teil noch heute. Erst durch die Einführung gewerkschaftlicher Grundsätze in die Angestelltenverbände wurde es gestört. Erstmals kam dies in den Satzungen des Bundes der technisch-industriellen Beamten zum Ausdruck, der 1904 ausdrücklich als Gewerkschaft gegründet wurde. Nach seinen eigenen Erklärungen betrachtet er als hervorragendes Merkmal einer solchen Beamten-Gewerkschaft eine durch starken Willen zum Ausdruck kommende Front und Kampfbereitschaft gegen den Arbeitgeber mit gewerkschaftlichen Aktionen auf allen Gebieten und mit allen Mitteln. Dieser Kampfscharakter wurde neuerdings durch Sperrung von industriellen Betrieben, durch Streiks und andere der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung entlehnte Kampfmittel in die Tat umgesetzt. Das mußte eine schwere Erschütterung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Angestellten zur Folge haben. Die Arbeitgeber hoffen, daß sich der gesunde Sinn ihrer Angestellten gegenüber diesen gewerkschaftlichen Mitteln ablehnend verhalten wird. Besondere Elemente werden auch vor den gleichmacherischen Bestrebungen der Angestellten-Gewerkschaften zu warnen, die zu einer Proletarisierung der Beamten führen müssen. Entschiedenem Protest aber müssen die Arbeit-

geber erheben gegenüber dem Vorhaben gewisser Kreise, den gewerkschaftlichen Bestrebungen der organisierten Beamten durch Eingriff in den freien Arbeitsvertrag zu Hilfe zu kommen. Gegenüber der Absicht einiger städtischer Verwaltungen, dieser Forderung nachzukommen, verdient es lebhafteste Anerkennung (!), daß der Oberbürgermeister von Düsseldorf das an ihn vom Bund der technisch-industriellen Beamten gerichtete Ansuchen einseitiger Parteinehme mit folgender Begründung zurückwies: „So sehr ich im Interesse des sozialen Friedens die Erregung bedauere, die neuerdings in den Ihnen nahestehenden Kreisen Platz gegriffen hat, sehe ich mich aus grundsätzlichen Erwägungen zu meinem Bedauern doch nicht in der Lage, Ihrem Wunsche näherzutreten, da die Stadtverwaltung mir nicht berufen erscheint, in das Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen. Dieser Standpunkt ist auch bisher festgehalten worden.“ Ein solches Eingreifen in den freien Arbeitsvertrag müssen auch die Arbeitgeber energisch zurückweisen. — Sie wollen „Exer im Ganzen“ sein. Wie lange noch?

Die einheitliche allgemeine Volksschule. Eine der wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie hinsichtlich der Reform unseres Schulwesens ist die auf Einführung der Einheitsschule. Zurzeit sind die Schulen für die Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahr verschiedentlich geteilt. Man kennt für sie zum Beispiel vielfach im Königreich Sachsen die gewöhnlichen Volksschulen, die Bürgerschulen und höheren Bürgerschulen, in Preußen die Volksschulen, Mittelschulen und Vorschulen zu den Realschulen und Gymnasien usw. Diese Zersplitterung soll beseitigt werden, alle schulpflichtigen Kinder sollen in eine einheitliche Volksschule gehen; die Kinder der Reichen und Armen sollen dieselbe Schultafel drücken. Die Kinder der Armen sollen dieselbe Vorbildung erhalten wie die der Reichen; der Klassengegensatz soll sich nicht schon im Leben der Kinder bemerkbar machen. Der Gedanke findet auch in bürgerlichen Kreisen, namentlich in der Lehrerschaft, immer mehr Anhänger. In Süddeutschland ist auch die Einheitsschule schon vielfach durchgeführt. In Preußen gab es vor zehn Jahren 19 400 Schüler in den Vorschulen höherer Lehranstalten, jetzt ist ihre Zahl auf 30 000 gestiegen. Das hat seinen Grund darin, daß in Preußen die Klassengegensätze viel mehr in die Erscheinung treten, als in Süddeutschland. Doch finden sich neuerdings auch in Norddeutschland Stimmen aus bürgerlichen Kreisen, welche für die Idee der Einheitsschule eintreten. In Chemnitz und Halle a. S. haben sich die Lehrverbände für die einheitliche allgemeine Volksschule erklärt. Die Freisinnige Volkspartei hat die Forderung in ihr Programm aufgenommen. Im preussischen Landtag und in seinen beantragte man Maßnahmen zur Durchführung der Einheitsschule. Auch der bekannte Generalmajor a. D. von Voebell sprach sich im „Tag“ rückhaltlos für die allgemeine Volksschule aus. Wobitend muß es wirken, wenn, wie es vor einigen Jahren in Duisburg der Fall war, in den Volksschulen 60 bis 70 Kinder die Regel sind, die Vorschulen dagegen nur 8 bis 10 Schüler hatten und an diesen Schulen besser vorgebildete Lehrer angestellt wurden. In Preußen kommen im Durchschnitt auf eine Vorschulklasse nur 37 bis 38 Schüler, auf eine Volksschulklasse dagegen eine wesentlich höhere Zahl, zum Beispiel in Charlottenburg 44,7, Berlin 45,2, Halle 50,7, Breslau 52,3, Essen 58, Westfalen sogar 62 Schüler. In den Orten, in denen die einheitliche Volksschule schon besteht, sind wenig Privatschulen, in den Orten mit besonderen Vorschulen ist deren Zahl sehr groß. In Berlin sind trotz der vielen Vorschulen 78 Privatschulen mit 14 251 Schülern im Alter von 6 bis 14 Jahren. In München dagegen, wo die Vorschulen fehlen, sind nur 396 Schüler im Alter von 6 bis 10 Jahren in Privatschulen. Die Münchener Volksschulen sind mit Lehrmitteln usw. in der besten Weise ausgestattet. Der Schuletat weist eine Ausgabe von 8 027 768 Mk. für die Volksschule auf; auf ein Kind kommt der hohe und daher erfreuliche Betrag von 103,14 Mk. In München haben alle Minister und alle hohen Offiziere usw. ihre Kinder in die Volksschule geschickt. Der Kultusminister von Preußen erklärte: Die einheitliche allgemeine Volksschule hat sich in München hervorragend bewährt. In demokratisch regierten Ländern, zum Beispiel in der Schweiz, in Frankreich, in Amerika, sind keine Ständeschulen; auch Österreich kennt sie nicht.

Hygienischer Unterricht in gewerblichen Fortbildungsschulen. In Wien ist an einem Teile der gewerblichen Fortbildungsschulen auf Anregung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten ein durch Ärzte zu erteilender hygienischer Unterricht eingeführt worden. Die hohe erziehbliche Bedeutung und der soziale Wert des neuen Unterrichtes hat sich schon in dem ersten halben Jahre seiner Erteilung glänzend erwiesen, wie dies ein Bericht des Wiener Landesfamilienspektors überzeugend darlegt. Es wird darin hingewiesen auf das hervorragende Interesse, das die Fortbildungsschüler dem hygienischen Unterricht entgegenbringen und auf die Erfolge, die in der Haltung und Lebensführung der Lehrlinge gesiegt wurden. Nachhaltigen Einfluß erzielte die Verfolgung bestimmter Umstände durch Skulpturenbilder, an die dann die Belehrungen über Sittlichkeiten usw. leicht und erfolgreich angeknüpft werden konnten. Weitgehende Wirkungen erhofft man auch von der Erteilung jeglicher Belehrung für austretende Schüler.

Verbandssteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandstag 1912. Unser 6. Verbandstag findet, wie bekannt, im Jahre 1912 statt. Seine Tagung wird sich nach einem neuerlichen Beschluß des Verbandsvorstandes auf die Zeit vom 2. bis 8. Juni erstrecken.

Statutenänderung. Wie in früherer Zeit, so wird auch zu diesem Verbandstag der Verbandsvorstand Abänderungsanträge zum Verbandsstatut stellen, soweit die praktische Organisationsarbeit sie notwendig macht. In Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen wird deren Veröffentlichung jedoch noch zurückgestellt und erst in Nr. 3 der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1912, erfolgen.

Gaubefragung Bremen. Nach dem Ausscheiden des früheren Kollegen Wegfahrt-Bremen aus unserem Verband hat der Verbandsvorstand beschlossen, die Befragung des Gaubureaus in Bremen dem Kollegen Fritz Reumann aus Köln a. Rhein zu übertragen.

Dauer der Unterstützung bei Erwerbslosigkeit. Am Ärtümer zu vermeiden, sei hier noch darauf hingewiesen, daß für diejenigen Mitglieder, welche seit dem 1. Oktober 1906 mit der 38. Beitragswoche 1911 oder später insgesamt 260 Beitragswochen bezahlt haben, nunmehr die erhöhte Unterstützungsdauer, und zwar sechs Wochen, in Betracht kommt. Diese Mitglieder erhalten also für alle Klassen die Unterstützung 6 Wochen lang ausbezahlt.

Beitragszahlung. In der Woche vom 17. bis 23. Dezember ist der 31. Wochenbeitrag fällig. Die Kollegen wollen nicht veräumen, ihren Beitrag pünktlich zu entrichten, denn regelmäßige Zahlung der Beiträge garantiert den Mitgliedern ihre Ansprüche auf Unterstützung.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Aus meinen vier Bänden. Erlebnisse und Blaustunden mit meinen Kindern. Für nachdenkliche Eltern und Kinderfreunde erzählt von Ernst Almsloh. Verlag von Roden u. Co. Preis 1,25 Mk. Wer noch kein Buch für seine Frau (oder auch für den Mann) gekauft für den Weihnachtsfest, sei auf diese wirklich erfrischende Gabe aufmerksam gemacht. Gerade die Schilderung des Umganges mit den eigenen Kindern in herziger Blaustunde wird für alle Eltern lehrreich und — nachahmenswert sein. Mag es auch unseren Kollegen minder leicht sein, ein so inniges Verhältnis zu Familie zu schaffen, wie es hier ersichtlich — denn dazu gehört größere wirtschaftliche Sicherheit.

„Le Traducteur“, „The Translator“, zwei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen und deutschen Sprache. Der literarische Teil dieser Unterhaltungsschriften bietet in anregender Form in kleinen Novellen, Abhandlungen, Anekdoten, Gedichten usw., die teils einsprachig mit Anmerkungen, teils zweisprachig erscheinen, Kenntnis des fremden Landes, seiner Literatur, seiner Sitten und Gebräuche, seiner Handels- und Verkehrseinrichtungen. Uebersetzungsübungen spornen den Leser zu eifriger Arbeit an. Teils finden sich Adressen junger Leute, die geneigt sind, mit anderen Lesern in schriftlichen Verkehr zu treten behufs gegenseitiger Förderung der Kenntnisse in der fremden Sprache und zum Austausch von Zeitungen, Ansichtskarten usw. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Die Zeitschrift, literarische Zeitung für das Deutsche Volk herausgegeben von Theodor Engel und Georg Meißner, bringt in ihrem neuesten Heft, Nr. 19, eine amüsante Erzählung „Votelle“ von Guy de Maupassant. Vater Votelle ist „Drechsler“ geworden, weil seine Eltern sich nicht entschließen konnten, ihm die Einwilligung zur Heirat mit einer Negerin zu geben. Der Besuch dieser schwarzen Geliebten bei seinen Eltern ist mit seinem Humor geschildert. Des weiteren bringt das Heft „Neue Gedichte“ junger Autoren; die Fortsetzung des kulturgeschichtlich interessanten, außerordentlich spannenden Romans „Die Schwurbrüder“, der das Leben der an der Grenze der Zivilisation lebenden Volksstämme in Antiquitäten schildert; eine Szene aus dem jüngst verstorbenen A. V. Widmanns feinsinniger Dichtung „Der Heilige und die Tiere“; lustige und erfrischende Geschichten aus dem „Votelle“ als Probe aus den Geschichten des laufenden Familienauschreibens usw. Der „Rezepts“ bringt eine Würdigung Widmanns und, was vielen Lesern für die Weihnachtszeit lieb

sein wird, die Beschreibung einer ganzen Liste von Büchern, die sich als Weihnachtsgeschenke für Kinder besonders eignen. Diese vielseitige, sehr beachtenswerte Zeitschrift kostet jährlich nur 6 Mk., nebst zwei Jahresbüchern. Probenummern versendet auf Wunsch kostenlos die Geschäftsstelle der Zeitschrift, München, Kindermarkt 10.

Technische Monatshefte. Zeitschrift für Technik, Kultur und Leben. Herausgegeben von Prof. Dr. phil. u. jur. Jul. Kollmann und Dipl.-Ing. Dr. Adolf Reig (Zutgart, Brandische Verlagsabteilung). Jährlich 12 reich illustrierte Hefte und 4 Bücher. Legikon-Tab. Bezugspreis 7 Mk. Jahrgang 1911, Hefte 10 und 11.

Die „Technischen Monatshefte“ wollen einen Überblick über die modernen Kulturfortschritte in technischer und praktischer Beziehung geben und legen davon in den vorliegenden Hefen (10 und 11) wiederum Zeugnis ab. Hervorgehoben seien die eingehende Beschreibung und Würdigung der Internationalen Ausstellung in Turin 1911 aus der sachkundigen Feder Prof. Dr. J. Kollmanns, sowie Dr. A. Hennigs höchst interessante Darstellung des Lebens und Wirkens von James V. Cads, dem genialen amerikanischen Techniker, der sich um die Regulierung des Mississippistromes hohe Verdienste erwarb; wir erfahren auch näheres von Cads großartigem Projekt einer Schiffsseilbahn, die statt der Kanalverbindung von Panama den Isthmus von Tehuantepec zum Träger des Weltverkehrs, und zwar auf „trockenem“ Wege, erheben sollte; schon Humboldt hatte diesen Isthmus als die „natürliche Brücke des Weltverkehrs“ bezeichnet. Leider ist mit dem Tode Cads die Aufgabe liegen geblieben. — Dr. A. Klinkers gibt eine anschauliche Darstellung der Sprengstofffabrikation, Dr. S. Pudor der großen Stahlwerke Oberspre. Allgemeines Interesse kann das Problem der Münzherstellung, vom wissenschaftlichen Standpunkt von G. v. Almsloh-Worms beleuchtet, erheben, jenes Problem, das aus dem Bereich des Abgaltens entritt und zu einer höchst schwierigen physikalisch-physiologischen Frage geworden ist. — Die „Technischen Monatshefte“ bieten mit ihren jährlichen 4 Buchbeiträgen eine Fülle von anregendem Material.

Ein Ortsbeamter

soll auf Beschluß der Generalversammlung vom 7. Dezember d. J. in der Filiale Groß-Berlin baldmöglichst angestellt werden. Bewerber, die schriftsgewandt und rednerisch qualifiziert sein müssen, wollen ihre selbstgeschriebene Offerte bis zum 5. Januar 1912 einreichen. Eine kurze Darstellung des Lebenslaufes ist beizufügen.

Ortsverwaltung der Filiale Groß-Berlin,

20. 10. Engelstr. 14.

Emil Bugh, Bevollmächtigter.

.: Filiale Groß-Berlin .:

Die Filiale veranstaltet im kommenden Winter

Sieben große Maskenbälle

- 13. Januar in Lichtenberg bei Schwarz, Möllendorferstr. 23—24
- 20. Januar in Charlottenburg, „Volkshaus“, Rosinenstr. 3
- 20. Januar in Kirdorf, „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6—11
- 10. Februar im „Hofjägerpalast“, Halensheide 52—53
- 10. Februar in Schöneberg, „Kathausale“, Martin-Lutherstr. 69
- 11. Februar im „Elysium“, Landsberger Allee 40
- 2. März, in den „Pharusalen“, Müllerstr. 142

Anfang 9 Uhr. Während der Kaffeepause humoristische Vorträge. Prämierung der schönsten Damenmaske und der originellsten Herrenmaske

Großes Alpenfest

am Sonnabend, den 9. März 1912, abends 9 Uhr, in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16—23. 2 Musikkapellen (1 Original Tiroler Kapelle) im großartig decorierten Saale Rutschbahn, Alpenglühfen usw.

Erscheinen möglichst im Tirolerostium erwünscht

Prämierung von je 2 der orig. Damen- und Herrenkostüme

Eintrittskarte à 50 Pfg.

berechtigt zum Besuch einer der oben bezeichneten Veranstaltungen. Ueber die Prämierung entscheiden die Jettellnehmer selbst, indem sie die an der Eintrittskarte befindlichen Coupons bei den Maskenbällen der schönsten Damenmaske und der originellsten Herrenmaske und beim Alpenfest dem originellsten Damen- oder Herrenkostüm übergeben.

Bei der Auswahl der Lokale ist möglichst allen Wünschen Rechnung getragen worden. Auch für gute Musik und amüsante Unterhaltung während der Kaffeepause ist gesorgt.

Eintrittskarten

sind zu haben: bei allen Unterfaherern, im Ortsbureau und an den Abendfassen.

Wir erwarten daher guten Besuch. Die Ortsverwaltung.